Rheinland-Pfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

12 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Wohnen 2022

Studienangebote

Wir wünschen Ihnen einen

guten Start in das **neue Jahr!**

Fotonachweis

Titelfoto: © Flash concept – stock.adobe.com

Im Jahr 2022 lebten in Rheinland-Pfalz 1,88 Millionen Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime). Etwas mehr als jeder zweite Haushalt lebte in den eigenen vier Wänden. Die Eigentumsquote belief sich auf 51 Prozent. Damit verzeichnete Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer die zweithöchste Eigentumsquote.

12 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE

76. Jahrgang

kurz + aktuell 763

Industrie ■ Baugewerbe ■ Erwerbstätige ■ Handel
Tourismus ■ Verkehr ■ Finanzen

Aus der amtlichen Statistik 773

Verbraucherpreise 775

Rheinland-Pfalz in Karten: Auspendelnde nach Luxemburg 2022 nach Wohnort 776

Wohnen in Rheinland-Pfalz 2022 – Zweithöchste Eigentumsquote im Bundesländervergleich 777

Ausbau der Masterstudienangebote in Rheinland-Pfalz 788

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 799

Neuerscheinungen 814

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
Ø	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2023

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

kurz + aktuell

Leichter Anstieg der Industrieproduktion im September

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie erhöhte sich im September 2023 leicht. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der Produktionsindex preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,4 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Die Hersteller von Vorleistungsgütern steigerten ihren Output im September um 4,6 Prozent. In der Investitionsgüterindustrie war die Güterausbringung ebenfalls höher als im Vormonat (+1,2 Prozent). Die bereinigte Produktion der Konsumgüterhersteller nahm hingegen deutlich ab (–10 Prozent).

Von den drei umsatzstärksten Industriebranchen verzeichneten zwei einen Produktionsanstieg. In der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die größte Industriebranche ist, stieg die Ausbringung im September um 9,6 Prozent. Die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die zur Investitionsgüterindustrie zählt und die zweitgrößte Branche ist, erhöhte ihren Güterausstoß um fünf Prozent. Im Maschinenbau, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt und unter den umsatzstärksten Branchen an dritter Stelle steht, sank der Output gegenüber dem Vormonat um 1,4 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Industrieproduktion im September 2023 deutlich niedriger aus (–16 Prozent). Die Güterausbringung der Konsumgüterhersteller ging besonders stark zurück. Das ist teilweise auf einen statistischen Basiseffekt zurückzuführen. Im September 2022 erreichte die Produktionsleistung der Branche aufgrund einer Sonderentwicklung ein außergewöhnlich hohes Niveau. Auch in der Vorleistungsgüterindus-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Sep 2023		Jan bis Sep 2023
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Aug 2023	Sep 2022	Jan bis Sep 2022
Entwicklung der Produktion			
Industrie	0,4 %	-15,5 %	-8,9 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	4,6 %	-7,4 %	-13,1 %
Investitionsgüterproduzenten	1,2 %	4,8 %	3,2 %
Konsumgüterproduzenten	-10,0 %	-45,0 %	-13,5 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	9,6 %	-4,6 %	-18,6 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	5,0 %	9,5 %	2,4 %
Maschinenbau	-1,4 %	-7,5 %	-0,4 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-10,4 %	-17,6 %	-24,3 %
Inland	-9,8 %	-20,3 %	-25,7 %
Ausland	-10,9 %	-15,7 %	-23,3 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	4,8 %	-3,9 %	-23,5 %
Investitionsgüterproduzenten	-12,0 %	-2,3 %	-20,3 %
Konsumgüterproduzenten	-45,0 %	-65,7 %	-36,3 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	7,2 %	-3,6 %	-31,0 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-13,9 %	0,9 %	-29,3 %
Maschinenbau	7,0 %	0,4 %	-12,5 %

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:

trie war der Output im September 2023 geringer als ein Jahr zuvor. Nur der Güterausstoß der Investitionsgüterindustrie nahm zu. Die drei umsatzstärksten Industriebranchen entwickelten sich im Vorjahresvergleich unterschiedlich. Die Ausbringung des Maschinenbaus und der Chemieindustrie war rückläufig. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen produzierten mehr als im Vorjahresmonat.

Auftragseingänge in der Industrie sinken im September

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten war im September 2023 geringer als im Vormonat. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um zehn Prozent unter dem Niveau von August. Aus dem In- und Ausland gingen weniger Bestellungen ein als im Vormonat (–9,8 bzw. –11 Prozent).

In der Konsumgüterindustrie, deren Auftragseingänge in den vergangenen Monaten besonders stark schwankten, war das bereinigte Ordervolumen im September um 45 Prozent niedriger als im August. Aber auch bei den Investitionsgüterherstellern waren die Bestellungen rückläufig (–12 Prozent). Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern erhöhte sich hingegen gegenüber dem Vormonat um 4,8 Prozent.

Die drei umsatzstärksten Branchen entwickelten sich unterschiedlich. Das Plus in der Vorleistungsgüterindustrie ist unter anderem auf die Chemieindustrie zurückzuführen. Dort stieg das Ordervolumen im September um 7,2 Prozent. Zum Rückgang der Nachfrage nach Investitionsgütern leistete die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie einen entscheidenden Beitrag: Hier nahmen die Auftragseingänge um 14 Prozent ab. Im Maschinenbau gingen dagegen sieben Prozent mehr Bestellungen ein als im August.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Nachfrage nach Industrieprodukten im September ebenfalls niedriger aus. Die bereinigten Auftragseingänge waren um 18 Prozent geringer als ein Jahr zuvor. Der Rückgang der Bestellungen ist allerdings überwiegend auf das Minus in der Konsumgüterindustrie zurückzuführen, die im September 2022 ein Rekordergebnis erzielte. Gegenüber diesem Höchstwert schrumpften die Bestellungen um zwei Drittel. In der Vorleistungsgüterindustrie und in der Investitionsgüterindustrie waren die Einbußen vergleichsweise moderat (–3,9 bzw. –2,3 Prozent). Von den drei größten Branchen verzeichnete nur die Chemieindustrie einen Nachfragerückgang. In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und im Maschinenbau gingen etwas mehr Bestellungen ein als im Vorjahresmonat.

Deutlicher Umsatzrückgang in der Industrie

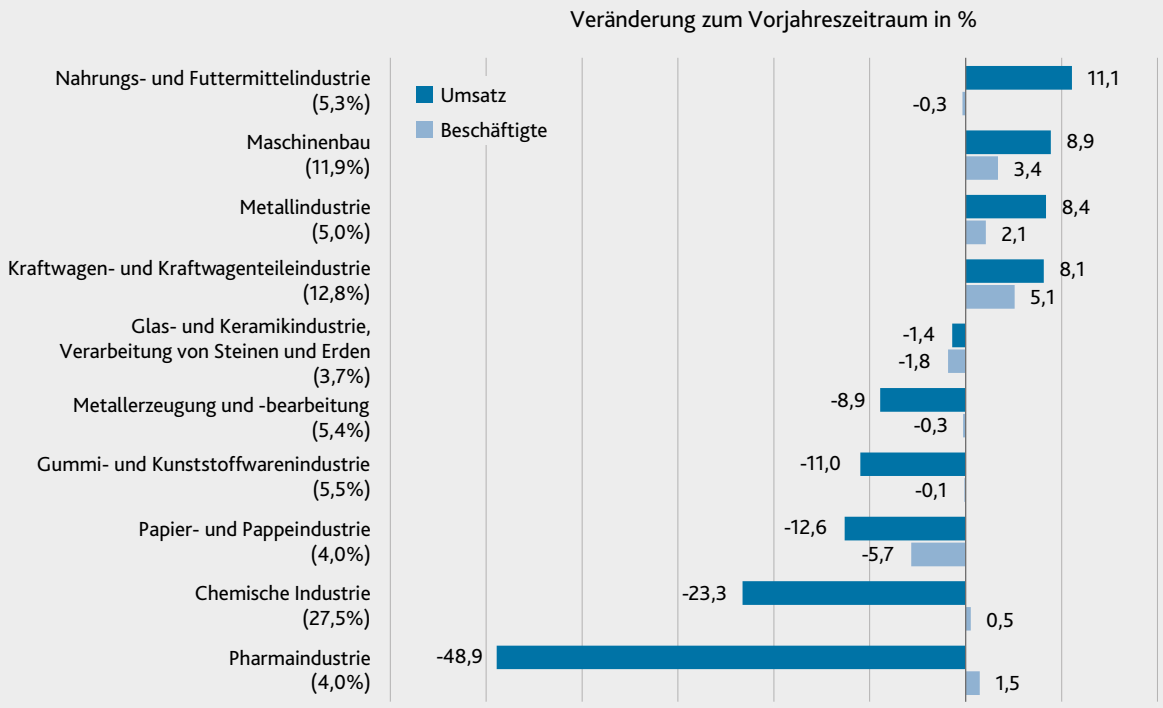
Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten im ersten Dreivierteljahr 2023 deutlich weniger Erlöse als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die nominalen Umsätze sanken – trotz des allgemein gestiegenen Preisniveaus – gegenüber den ersten neun Monaten 2022 um 9,3 Prozent (Deutschland: +2,3 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stieg um 1,2 Prozent (Deutschland: +1,3 Prozent).

In erster Linie ging die Umsatzentwicklung auf die Rückgänge in der Chemischen (–23 Prozent) und Pharmazeutischen Industrie (–49 Prozent) zurück. In sechs der zehn umsatzstärksten Branchen waren die Umsätze rückläufig. Höhere Umsätze erwirtschafteten der Maschinenbau sowie die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+8,9 bzw. +8,1 Prozent). Die Nahrungs- und Futtermittelindustrie verbuchte die größten Zuwächse (+11 Prozent).

Insgesamt erwirtschafteten die Industriebetriebe von Januar bis September 79,6 Milliarden Euro. Die Nachfrage aus dem Ausland belief sich auf 44,1 Milliarden (–8,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum). Die Inlandsumsätze gingen um zehn Prozent zurück. Die Exportquote stieg um 0,3 Prozentpunkte auf 55,4 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland nahmen die Umsätze aus dem Ausland um 4,6 Prozent zu und die aus dem Inland stagnierten. Die bundesweite Exportquote lag bei 51,4 Prozent (+1,1 Prozentpunkte).

Im ersten Dreivierteljahr 2023 waren durchschnittlich 261 000 Personen in der Industrie beschäftigt. Das waren rund 3 100 Personen mehr als im Vergleichszeitraum 2022 (+1,2 Prozent). Fünf der zehn umsatzstärksten Bran-

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis September 2023 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



( ) Anteil an den Umsätzen insgesamt

chen verzeichneten höhere Beschäftigtenzahlen. Die höchsten Zuwächse gab es bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie im Maschinenbau (+5,1 bzw. +3,4 Prozent). Die Papier- und Pappehersteller reduzierten dagegen die Belegschaft (–5,7 Prozent).

Die Industriebetriebe erzielten im September 2023 mit rund 8,6 Milliarden Euro deutlich weniger Umsätze als im Vorjahresmonat (–17 Prozent). Die Inlandsnachfrage ging um 15 Prozent und die Auslandsnachfrage um 19 Prozent zurück. Deutschlandweit sanken die Umsätze um 7,5 Prozent. Der Inlandsumsatz reduzierte sich um 7,6 Prozent, der Auslandsumsatz um 7,4 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten nahm um 0,6 Prozent auf 263 000 Personen zu (Deutschland: +0,8 Prozent).

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen im September, Umsätze gehen leicht zurück

Die Betriebe des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes nahmen im September 2023 mehr neue Aufträge entgegen als im Vormonat. Der Wert der Bestellungen stieg kalender- und saisonbereinigt um neun Prozent. Die baugewerblichen Umsätze waren dagegen um 0,7 Prozent niedriger als im August.

Gegenüber dem Vorjahresmonat nahmen die Auftragseingänge in jeweiligen Preisen um 8,6 Prozent zu. Auch die baugewerblichen Umsätze waren höher als im September 2022 (+5,5 Prozent). Preisbereinigte Angaben zu Auftragseingängen und Umsätzen liegen nicht vor. Da die Preise für Bauleistungen binnen Jahresfrist deutlich anzogen, dürfte die Entwicklung von Auftragseingängen und Umsätzen real – d. h. um Preisveränderungen bereinigt – schwächer verlaufen sein.

Zum Anstieg des Ordervolumens gegenüber dem Vormonat trugen Hoch- und Tiefbau bei. Im Hochbau gingen im September elf Prozent mehr Bestellungen ein als im August. Die einzelnen Teilbereiche entwickelten sich dabei sehr unterschiedlich. Im öffentlichen Hochbau, der Aufträge von Körperschaften des öffentlichen Rechts und Organisationen ohne Erwerbs-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Sep 2023		Jan bis Sep 2023
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Aug 2023	Sep 2022	Jan bis Sep 2022
Auftragseingang	9,0 %	8,6 %	6,9 %
Hochbau insgesamt	11,0 %	13,0 %	1,6 %
Wohnungsbau	-11,4 %	-6,3 %	-24,4 %
Gewerblicher Hochbau	18,6 %	7,3 %	14,8 %
Öffentlicher Hochbau	28,0 %	58,5 %	17,8 %
Tiefbau insgesamt	7,4 %	5,5 %	11,6 %
Gewerblicher Tiefbau	18,7 %	-27,2 %	36,5 %
Straßenbau	7,3 %	47,3 %	-3,5 %
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	-4,5 %	18,7 %	14,4 %
Baugewerblicher Umsatz	-0,7 %	5,5 %	5,0 %
Hochbau insgesamt	-1,9 %	-1,6 %	0,5 %
Wohnungsbau	-9,9 %	-17,7 %	-6,6 %
Gewerblicher Hochbau	5,3 %	8,3 %	4,9 %
Öffentlicher Hochbau	-3,9 %	15,0 %	7,5 %
Tiefbau insgesamt	0,4 %	12,3 %	9,4 %
Gewerblicher Tiefbau	4,9 %	17,7 %	19,1 %
Straßenbau	-0,9 %	10,6 %	8,1 %
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	-1,8 %	10,2 %	2,7 %

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

zweck umfasst, sowie im gewerblichen Hochbau legte das Ordervolumen kräftig zu (+28 bzw. +19 Prozent). Der Wohnungsbau verzeichnete derweil ein Minus von elf Prozent. Im Tiefbau lagen die Auftragseingänge um 7,4 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Den stärksten Zuwachs gab es im gewerblichen Tiefbau (+19 Prozent). Auch im Straßenbau erhöhte sich die Nachfrage (+7,3 Prozent). Der sonstige öffentliche Tiefbau verbuchte dagegen einen Rückgang der Bestellungen um 4,5 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat stiegen die Auftragseingänge im Hochbau um 13 Prozent und im Tiefbau um 5,5 Prozent.

Der leichte Rückgang der Umsätze gegenüber dem Vormonat ist auf Einbußen im Hochbau zurückzuführen. Die baugewerblichen Erlöse des Hochbaus schrumpften im September um 1,9 Prozent. Das stärkste Minus verzeichnete der Wohnungsbau, dessen Erlöse um 9,9 Prozent sanken. Auch im öffentlichen Hochbau waren die Umsätze geringer als im Vormonat (–3,9 Prozent). Der gewerbliche Hochbau erzielte als einziger Teilbereich ein Umsatzwachstum (+5,3 Prozent). Die Erlöse des Tiefbaus nahmen im September 2023 gegenüber dem Vormonat leicht zu (+0,4 Prozent). Während der gewerbliche Tiefbau florierte (+4,9 Prozent), waren die Umsätze in den beiden anderen Segmenten rückläufig. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau betrug das Minus 1,8 Prozent und im Straßenbau 0,9 Prozent.

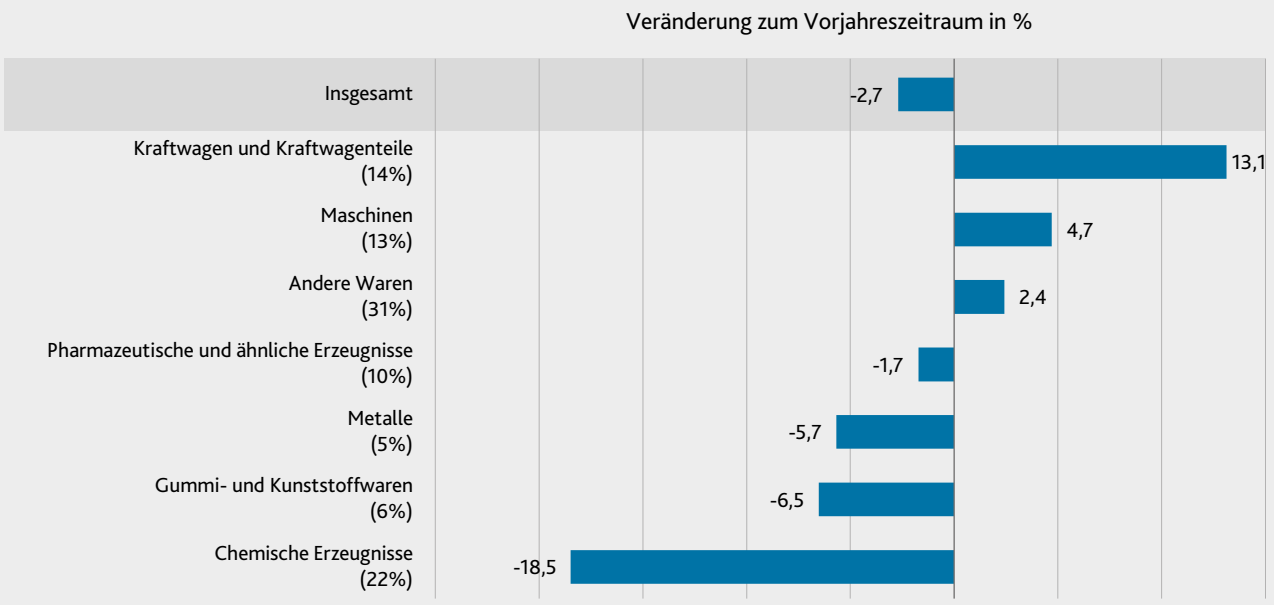
Im Vorjahresvergleich entwickelten sich die Erlöse des Tiefbaus positiv (+12 Prozent); alle drei Teilbereiche verzeichneten ein Wachstum. Im Hochbau nahmen die baugewerblichen Umsätze um 1,6 Prozent ab, da besonders die Betriebe im Wohnungsbau weniger umsetzten als im September 2022.

Weniger Exporte und Importe in den ersten neun Monaten

Im Zeitraum von Januar bis September 2023 lagen die Warenwerte der Exporte und Importe im rheinland-pfälzischen Außenhandel unter denen der ersten neun Monate 2022. Nach vorläufigen Angaben sanken die Ausfuhren um 2,7 Prozent auf 45,5 Milliarden Euro (Deutschland: –0,5 Prozent). Der Warenwert der Importe betrug 35,4 Milliarden Euro und fiel um 4,2 Prozent geringer aus (Deutschland: –8,9 Prozent). Die Menge der exportierten Waren reduzierte sich um zehn Prozent, während die Importmenge um 1,8 Prozent anstieg.

Knapp 57 Prozent des von Januar bis September ausgeführten Warenwertes gingen in die EU-Länder (–3,8 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum). In die Euroländer wurde 4,7 Prozent weniger expor-

Ausfuhren von Januar bis September 2023[1] nach Güterabteilungen



( ) Anteil an den Ausfuhren insgesamt
1 Vorläufiges Ergebnis.

tiert. Aufgrund der Exportzuwächse nach Tschechien (+17 Prozent) fiel die Abnahme der Ausfuhren in die Nicht-Euroländer geringer aus (–0,9 Prozent). Die Exporte in das übrige Europa gingen um 3,6 Prozent zurück.

Der Warenwert der Ausfuhren auf den amerikanischen Kontinent ging um 5,4 Prozent zurück (USA: –4,7 Prozent). Dagegen erhöhte sich der Exportwert nach Asien vor allem aufgrund der deutlichen Zunahmen der Ausfuhrwerte nach Japan (+31 Prozent) um 4,7 Prozent. Die Ausfuhren nach China fielen um elf Prozent geringer aus.

Vier der sechs für den Export bedeutsamen Güterabteilungen verzeichneten weniger Ausfuhren als im Vergleichszeitraum 2022. Mit 19 Prozent fiel der Rückgang bei den Exportwerten der chemischen Erzeugnisse am höchsten aus. In der Pharmazeutischen Industrie betrug das Minus 1,7 Prozent. Exportanstiege gab es bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie im Maschinenbau (+13 bzw. 4,7 Prozent).

In den ersten neun Monaten wurden Waren im Wert von 35,4 Milliarden Euro nach Rheinland-Pfalz importiert. Das waren 4,2 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum 2022. Rund 61 Prozent des Importwertes kamen aus EU-Ländern (–3,6 Prozent). Aus den Euroländern wurde 5,8 Prozent weniger eingeführt. Importzuwächse aus Rumänien (+24 Prozent), Polen (2,3 Prozent) sowie Tschechien (+2,1 Prozent) ließen die Einfuhren aus den Nicht-Euroländern um insgesamt vier Prozent ansteigen. Aus dem übrigen Europa wurde 3,6 Prozent mehr importiert. Dieser Anstieg lässt sich auf die Zuwächse aus dem Vereinigten Königreich zurückführen (+28 Prozent).

Die Importwerte aus Asien gingen um 9,7 Prozent zurück (China: –18 Prozent). Dagegen wurde aus Amerika 0,7 Prozent mehr eingeführt (USA: +9,8 Prozent).

Der Außenhandel mit Russland und der Ukraine ist ungebrochen vom Krieg geprägt. Der Wert der in die Ukraine ausgeführten Waren lag in den ersten neun Monaten 2023 bei 167 Millionen Euro und damit höher als die Ausfuhrwerte nach Russland (158 Millionen Euro). Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen die Exportwerte in die Ukraine um 9,8 Prozent. Verglichen mit den Ergebnissen im ersten Dreivierteljahr 2021 lag das Exportplus

bei 14 Prozent. Die Importwerte aus der Ukraine betrugen 25,3 Millionen Euro, das waren 20 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 2022 und elf Prozent weniger als von Januar bis September 2021. Gegenüber den Vergleichsergebnissen 2022 waren die Importe um 20 Prozent niedriger.

Die Ausfuhrwerte nach Russland waren um 54 Prozent niedriger als in den ersten neun Monaten 2022. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2021 betrug das Minus sogar 74 Prozent. Die Importwerte beliefen sich auf 46,6 Millionen Euro und lagen im Vorjahresvergleich um 76 Prozent niedriger. Gegenüber den Ergebnissen von Januar bis September 2021 betrug der Rückgang 83 Prozent.

Mehr Gewerbeanmeldungen in den ersten drei Quartalen

Von Januar bis September 2023 wurden in Rheinland-Pfalz 27 190 Gewerbe angemeldet. Das waren elf Prozent mehr als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Gewerbeabmeldungen auf 22 600; das waren 13 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

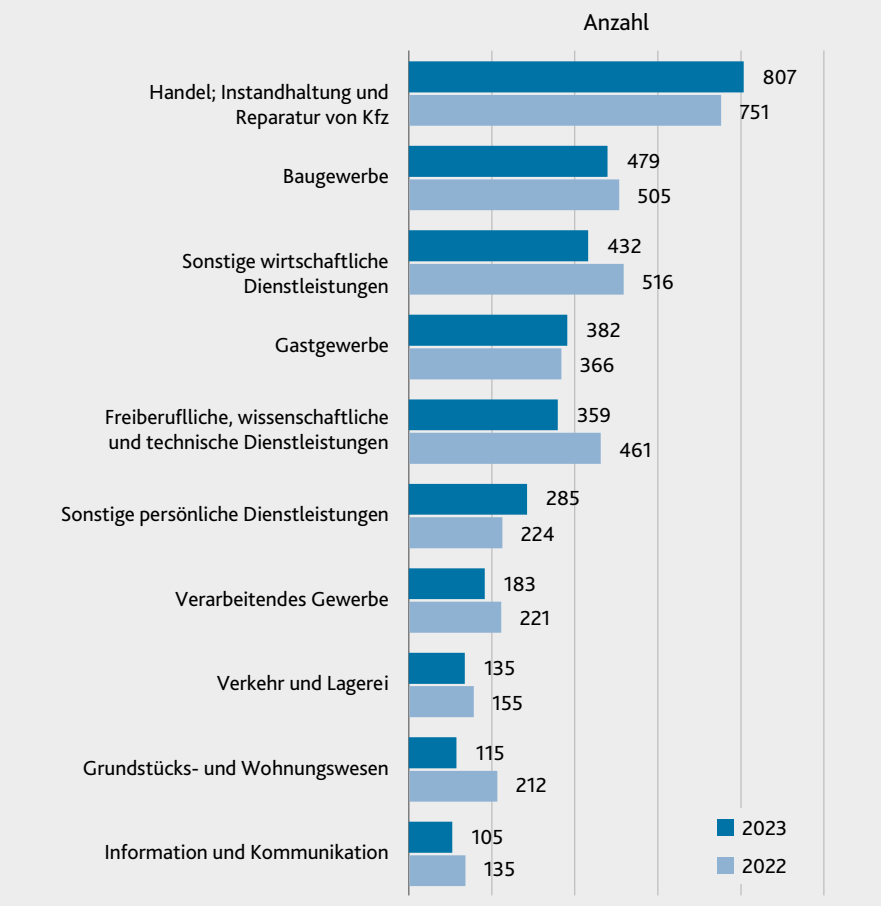
Die Zahl der sogenannten Betriebsgründungen war in den ersten neun Monaten 2023 rückläufig; insgesamt zählten fast 3 700 Gewerbeanmeldungen zu den Betriebsgründungen (–9,5 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2022). Zu den Betriebsgründungen gehören alle Neugründungen von Betrieben mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 22 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen". Den zweithöchsten Anteil stellte mit 13 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe", gefolgt von den „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" mit zwölf Prozent.

Die Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichten den höchsten Wert mit 14,6 in den kreisfreien Städten Zweibrücken und Mainz; es folgten Landau mit 14,4 und Pirmasens mit 14,1. Den niedrigsten Wert unter den kreisfreien Städten verzeichnete Neustadt mit 7,1. Unter den Landkreisen wies der Rhein-Lahn-Kreis mit 10,9 den höchsten Wert auf, die Kreise Altenkirchen und Trier-Saarburg mit jeweils 5,3 den niedrigsten.

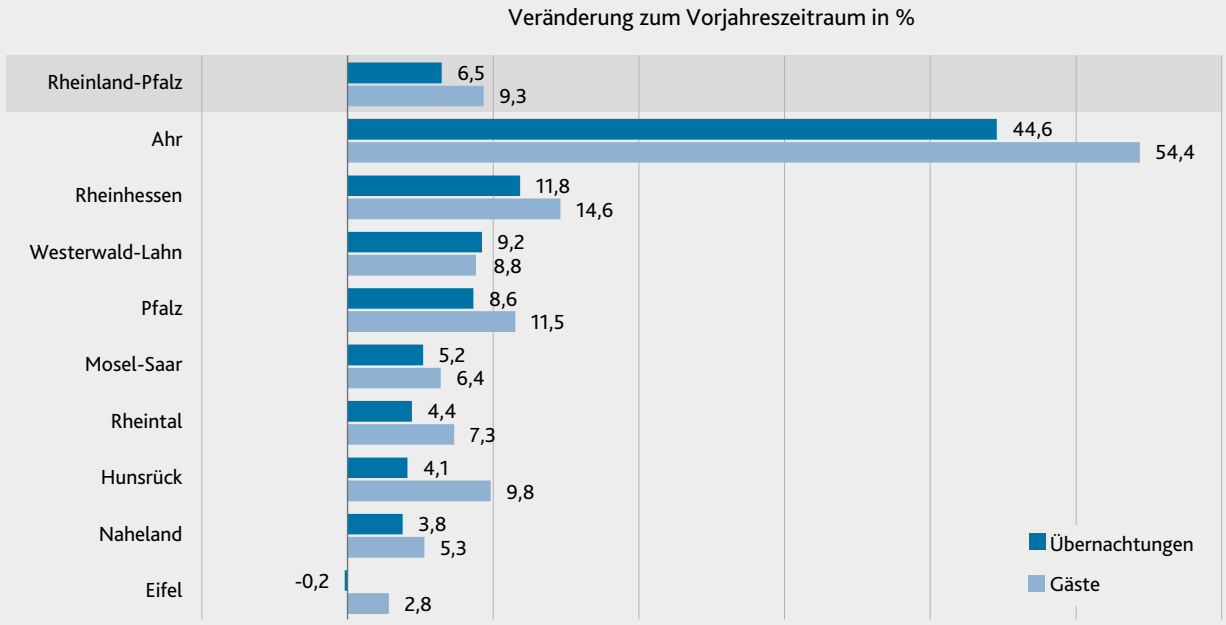
Neben den Betriebsgründungen gab es in den ersten drei Quartalen 2023 insgesamt 19 000 sogenannte sonstige Neugründungen. Das waren 17,5 Prozent mehr als in den ersten neun Monaten des Jahres 2022. Zu

Betriebsgründungen[1] im 1.–3. Quartal 2022 und 2023 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1 Kapital- bzw. Personengesellschaft oder Einzelunternehmen mit Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder mindestens einem/einer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Übernachtungen und Gäste von Januar bis September 2023[1] nach Tourismusregionen



1 Vorläufiges Ergebnis.

den sonstigen Neugründungen gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben.

Die Zunahme bei den Gewerbeabmeldungen stammt vor allem aus dem Bereich der sonstigen Stilllegungen; betroffen waren also eher kleinere Betriebe. Während die Zahl der Betriebsaufgaben – das Pendant zu den Betriebsgründungen – um 2,1 Prozent auf 2 900 zurückging, stieg die der sonstigen Stilllegungen im Vergleich zu Januar bis September 2022 um 19,5 Prozent auf 15 400.

Von Januar bis September mehr Gäste und Übernachtungen

Im ersten Dreivierteljahr verbuchten die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe mehr Gäste und Übernachtungen als im Vergleichszeitraum 2022. Von Januar bis September kamen 6,7 Millionen Gäste nach Rheinland-Pfalz (+9,3 Prozent). Die Zahl der Übernachtungen stieg um 6,5 Prozent auf 17,6 Millionen.

Das Vor-Corona-Niveau wurde nicht erreicht: Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019 lag die Zahl der Gäste um 5,3 Prozent und die der Übernachtungen um 2,8 Prozent niedriger.

In der gemessen am Gäste- und Übernachtungsaufkommen beliebtesten Region Mosel-Saar lag der Zuwachs der Gäste- und Übernachtungszahlen gegenüber Januar bis September 2022 bei 6,4 bzw. 5,2 Prozent. Die Pfalz registrierte zwölf Prozent mehr Gäste und 8,6 Prozent mehr Übernachtungen. Deutliche Zunahmen gab es auch in der Region Rheinhessen (Gäste: +15; Übernachtungen: +12 Prozent). Vorübergehende vereinzelte Betriebsschließungen in den ersten Monaten des Jahres in der Eifel führten dort zu rückläufigen Übernachtungszahlen (–0,2 Prozent); die Gästezahlen waren hingegen mit 2,8 Prozent im Plus.

Auch mehr als zwei Jahre nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen in der Region Ahr noch unter dem ursprünglichen Stand. Ausgehend von einem niedrigen Ausgangsniveau im Vorjahr stieg die Zahl der Gäste

gegenüber Januar bis September 2022 um 54 Prozent, die der Übernachtungen um 45 Prozent. Im Vergleich zu Januar bis September 2021 lagen die Zuwächse bei den Gästen und Übernachtungen bei 108 bzw. 51 Prozent. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vor-Corona-Jahr 2019 zeigt sich allerdings noch ein deutlicher Rückstand: Die Zahl der Gäste ging um 51 Prozent und die der Übernachtungen um 55 Prozent zurück. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich beim durchschnittlichen Bettenangebot im Zeitraum von Januar bis September: Hier lag der Wert 2023 um 31 Prozent über dem des Vorjahres. Im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 war das Bettenangebot um 51 Prozent niedriger.

Neun der zehn Betriebsarten verbuchten mehr Übernachtungen. Die höchsten Zunahmen gab es mit +16 Prozent bei den Hotel garnis. In den Vorsorge- und Rehakliniken stieg die Zahl der Übernachtungen um elf Prozent. Ebenfalls deutliche Zuwächse, allerdings ausgehend von einem niedrigeren Niveau, verzeichneten die Jugendherbergen und Hütten sowie die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime (+14 bzw. +13 Prozent). Die Hotels als beliebteste Unterkunftsart meldeten 6,4 Prozent mehr Übernachtungen. Die Rückgänge bei den Ferienzentren (–12 Prozent) sind unter anderem auf vorübergehende Reduzierungen des Angebots in den ersten Monaten des Jahres zurückzuführen.

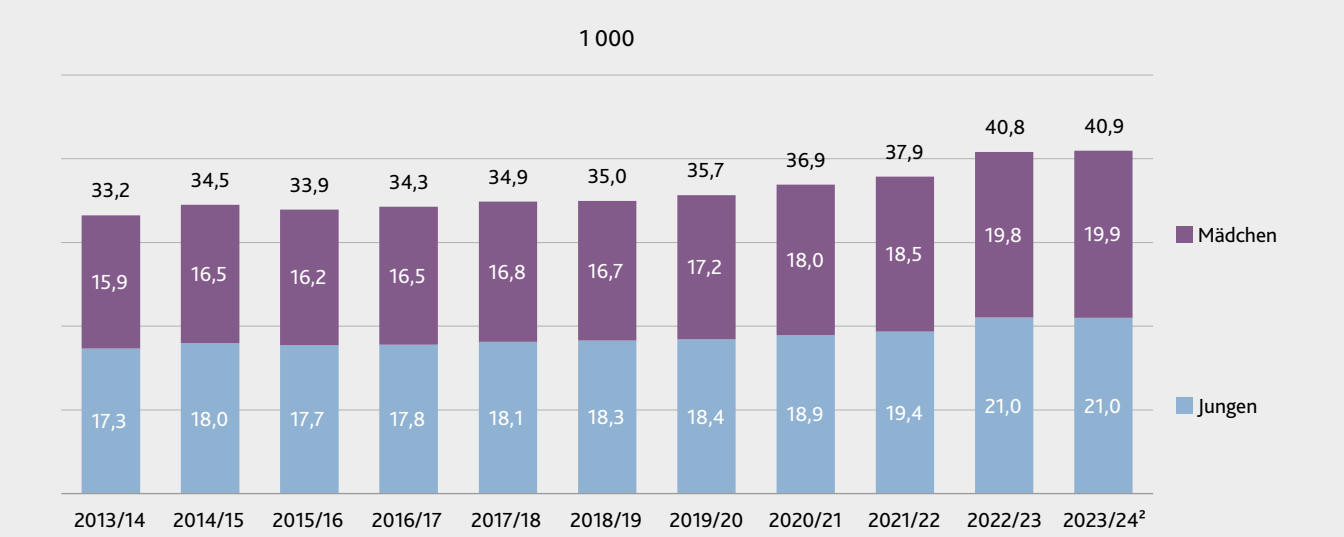
Rund 5,4 Millionen Gäste kamen aus Deutschland (+8,6 Prozent). Diese buchten 13,7 Millionen Übernachtungen (+5,6 Prozent). Die Zahl der Gäste aus dem Ausland stieg um 13 Prozent auf 1,4 Millionen Gäste; diese buchten vier Millionen Übernachtungen (+9,6 Prozent).

Zahl der eingeschulten Kinder leicht gestiegen

In Rheinland-Pfalz wurden zum aktuellen Schuljahr 2023/24 insgesamt rund 40 900 Kinder eingeschult, davon etwa 19 900 Mädchen und 21 000 Jungen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Einschulungen um etwa 140 Kinder. Wie anhand vorläufiger Berechnungen ermittelt wurde, war das der Höchstwert der vergangenen 18 Jahre (2005: 41 300 Eingeschulte).

Obgleich die Zunahme gegenüber dem Schuljahr 2022/23 vergleichsweise gering ausfiel, setzt sich der mit nur einer Unterbrechung zu beobachtende Trend der vergangenen zehn Jahre fort: Zwischen 2013/14 und 2023/24

Einschulungen[1] in den Schuljahren 2013/14 bis 2023/24 nach Geschlecht



1 Ab Schuljahr 2020/21 ohne wiederholt Eingeschulte. – 2 Vorläufige Berechnungen.

stieg die Zahl der Einschulungen um insgesamt 23 Prozent.

Rund 30 Prozent der in Rheinland-Pfalz eingeschulten Kinder hatten im aktuellen Schuljahr einen Migrationshintergrund. Gegenüber dem Vorjahr stieg ihr Anteil um 1,1 Prozentpunkte. Der Zuwachs ist insbesondere auf die zunehmende Zahl der einzuschulenden Kinder mit syrischer, türkischer und afghanischer Staatsangehörigkeit zurückzuführen. Die Zahl der einzuschulenden Flüchtlinge mit ukrainischer Nationalität sank hingegen um 4,9 Prozent.

Auch langfristig ist ein Trend steigender Zahlen der Einzuschulenden mit Migrationshintergrund zu beobachten: Zwischen den Schuljahren 2013/14 und 2023/24 stieg ihr Anteil ausgehend von 20 Prozent um rund zehn Prozentpunkte. Der Zuwachs ist unter anderem durch die Einschulung von Geflüchteten, den Rückgang der deutschen Kinder in der Bevölkerung und durch eingeschulte Kinder, die als zweite Generation von migrationserfahrenen Eltern in Deutschland leben, zu erklären.

Schulpflichtige Kinder haben neben dem Besuch einer Grund- oder Förderschule auch die Möglichkeit, die Primarstufe an einer Freien Waldorfschule zu absolvieren. Von den eingeschulten Kindern begannen rund 96 Prozent ihre Schulzeit an einer Grundschule, rund drei Prozent an einer Förderschule und weniger als ein Prozent an einer Freien Waldorfschule. Gegenüber dem Schuljahr 2008/09, in dem das Einschulungsalter reformiert wurde, stiegen insbesondere die Zahlen der Einschulungen an Förderschulen (+41 Prozent) und an Freien Waldorfschulen (+32 Prozent). Demgegenüber verzeichneten rheinland-pfälzische Grundschulen einen vergleichsweise geringen relativen Zuwachs (+2,5 Prozent).

Weniger Schwerverletzte bei Straßenverkehrsunfällen

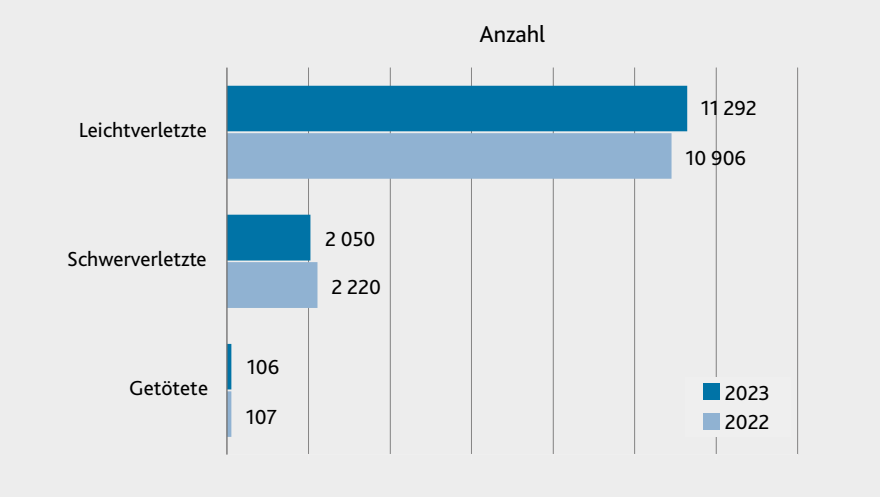
In den ersten neun Monaten 2023 starben 106 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen in Rheinland-Pfalz, das war eine Person weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Schwerverletzten lag auf dem niedrigsten Stand der vergangenen zehn Jahre.

Die Polizei registrierte in den ersten drei Quartalen 103 684 Verkehrsunfälle, davon 10 471 mit Personenschaden und 93 213 mit nur Sachschaden. Die Zahl der Unfälle insgesamt lag um 4 628 bzw. 4,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden entsprach in etwa dem Vorjahreswert. Die Zahl der Schwerverletzten ging gegenüber Januar bis September 2022 um 7,7 Prozent auf 2 050 zurück, während die Zahl der Leichtverletzten um 3,5 Prozent auf 11 292 stieg.

Die Unfallzahlen der ersten neun Monate 2023 lagen 2,8 Prozent über dem Mittelwert der zurückliegenden zehn Jahre. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den Vergleichszeiträumen der Coronajahre deutlich weniger Verkehrsunfälle gezählt wurden als in den Jahren zuvor. In den ersten drei Quartalen 2023 bewegten sich die Unfallzahlen unter dem Niveau des Vergleichszeitraums der Vor-Corona-Jahre 2016 bis 2019. Die Zahl der Verunglückten, d. h., der Menschen, die bei Unfällen getötet oder verletzt wurden, liegt mit 13 448 um drei Prozent unter dem zehnjährigen Mittelwert.

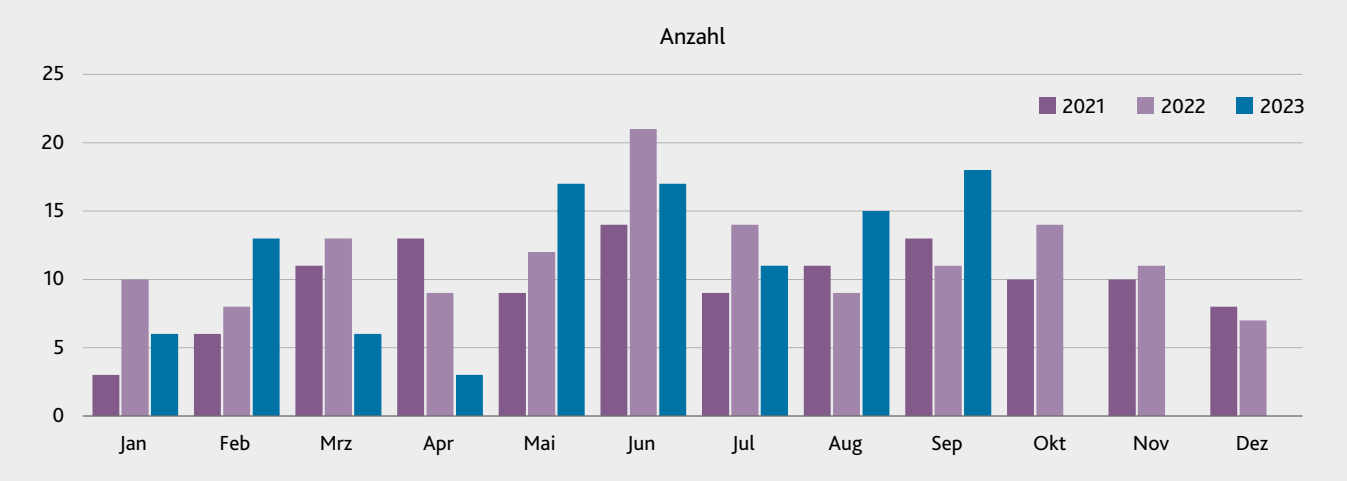
Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis September 2022 und 2023



Die Zahl der Todesopfer war in der zurückliegenden Dekade lediglich im Coronajahr 2021 niedriger. Bis Ende September lag die Zahl der Schwerverletzten mit Abstand auf dem niedrigsten Stand der vergangenen zehn Jahre (–20,5 Prozent gegenüber dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre).

Im September dieses Jahres verloren 18 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, das waren sieben mehr als im September des Vorjahres; 319 Unfallbeteiligte wurden schwer und 1 503 leicht verletzt. Insgesamt ereigneten sich 12 478 Unfälle (+4,7 Prozent gegenüber September 2022).

Getötete im Straßenverkehr 2021–2023 nach Monaten



Aus der amtlichen Statistik

1,3 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer pendeln – Auspendelnde nach Luxemburg sind erstmals in Pendlerrechnung enthalten

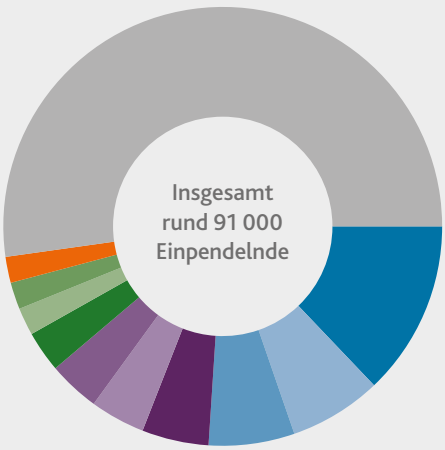
Gut 1,3 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer wohnen nicht an ihrem Arbeitsort, pendeln also. Rund 832 700 Personen arbeiten in der Verbandsgemeinde, verbandsfreien Gemeinde oder kreisfreien Stadt, in der sie wohnen. Gegenüber 2021 hat sich die Zahl der Auspendelnden um 49 200 Personen bzw. 3,8 Prozent erhöht (Deutschland: +1,8 Prozent); davon ist in Rheinland-Pfalz allerdings ein großer Teil auf die Auspendelnden nach Luxemburg zurückzuführen, die für 2022 erstmals in der Pendlerrechnung nachgewiesen werden.

Im Jahr 2022 pendelten allein fast 91 000 Personen in die Landeshauptstadt Mainz. Der größte Pendlerstrom kommt über die Landesgrenze aus Wiesbaden (11 700 Personen). Da sogar noch mehr Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer von Mainz nach Wiesbaden pendeln (knapp 12 400), gehört die Pendelachse Mainz-Wiesbaden zu den 15 stärksten Pendelachsen im gesamten Bundesgebiet.

Die drei größten Städte des Landes – Mainz, Ludwigshafen und Koblenz – vereinen gut ein Fünftel aller Einpendelnden auf sich. Lediglich 33 der 170 Verwaltungseinheiten in Rheinland-Pfalz verzeichneten 2022 mehr Ein- als Auspendelnde, darunter 27 Städte. Die höchsten Einpendelüberschüsse hatten die kreisfreien Städte Koblenz (44 800), Ludwigshafen (38 800) und Mainz (35 200). Der größte Auspendelüberschuss zeigte sich in der Verbandsgemeinde Rhein-Selz (12 600).

Die Einpendelquote ist der Anteil der Einpendelnden an allen Personen, die in der Verwaltungseinheit arbeiten. Die höchste Einpendelquote hatte 2022 die Stadt Wörth am Rhein (83 Prozent), gefolgt von der Verbandsgemeinde Offenbach an der Queich (78 Prozent). Die Verbandsgemeinden Dahner Felsenland (30 Prozent) sowie Bitburger Land und Zell (Mosel) wiesen mit jeweils 34 Prozent die niedrigsten Einpendelquoten auf. Die höchsten Auspendel-

Einpendelnde nach Mainz 2022 nach Wohnort



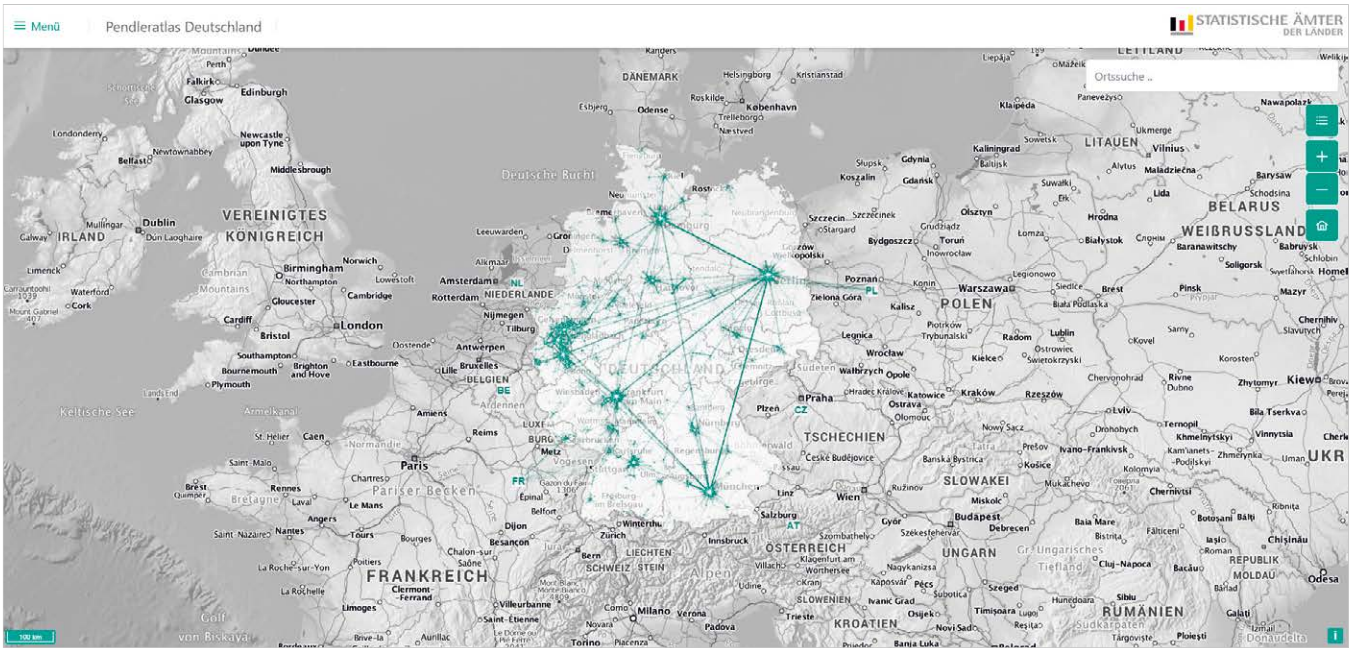
Wohnort	Anzahl	Anteil in %
Wiesbaden	11 727	12,9
Nieder-Olm	6 204	6,8
Rhein-Selz	5 757	6,3
Ingelheim am Rhein	4 475	4,9
Wörrstadt	3 690	4,1
Bodenheim	3 457	3,8
Frankfurt am Main	2 758	3,0
Gau-Algesheim	1 850	2,0
Bingen am Rhein	1 805	2,0
Alzey-Land	1 746	1,9
Übrige	47 514	52,2

quoten verzeichneten die Verbandsgemeinden Bad Kreuznach (85 Prozent) und Zweibrücken-Land (84 Prozent); die niedrigsten Auspendelquoten gab es in der kreisfreien Stadt Kaiserslautern (36 Prozent) sowie in Pirmasens und Koblenz (jeweils 39 Prozent). Die Auspendelquote ist der Anteil der Auspendelnden an allen Personen, die in der Verwaltungseinheit wohnen und innerhalb oder außerhalb der Verwaltungseinheit arbeiten.

In der Pendlerrechnung 2022 sind erstmals auch die Auspendelnden nach Luxemburg enthalten. Insgesamt pendelten 38 700 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer dorthin. Der größte Pendelndenstrom kam dabei aus Trier (8 900 Pendelnde). Gleichzeitig hatten 8 000 Personen mit ausländischem Wohnsitz ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Der größte Strom an Einpendlerinnen und Einpendlern mit einem Wohnsitz im Ausland geht von Frankreich nach Wörth am Rhein (gut 1 000 Personen).

Der Pendleratlas der Statistischen Ämter der Länder stellt die Ergebnisse der Pendlerrechnung deutschlandweit interaktiv dar. Interessierte können hier Pendlerverflechtungen zwischen einzelnen Städten und Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden abrufen:

https://pendleratlas.statistikportal.de



Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im November 2023

Die Verbraucherpreise lagen im November 2023 drei Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Eine niedrigere Teuerungsrate wurde zuletzt im Juni 2021 gemessen. Der Rückgang der Teuerung beruht allerdings auch auf einem statistischen Basiseffekt. Im Herbst 2022 hatten sich die Verbraucherpreise, insbesondere die Energie- und Nahrungsmittelpreise, außergewöhnlich stark erhöht. Da die hohen Vorjahrespreise die Vergleichsbasis für die Berechnung der Inflationsrate bilden, fällt die Rate niedriger aus als in den vergangenen Monaten.

Die Entwicklung der Energiepreise wirkte im November 2023 dämpfend auf die Teuerung. Die Preise für Energie waren vier Prozent niedriger; die Kraftstoffpreise sanken um 6,1 Prozent. Strom war nur geringfügig teurer als im Vorjahresmonat (+0,3 Prozent). Für Nahrungsmittel mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher 5,5 Prozent mehr bezahlen. Damit stiegen die Nahrungsmittelpreise erneut kräftiger als der Verbraucherpreisindex insgesamt und wirkten inflationstreibend. Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, belief sich auf +3,6 Prozent.

In allen zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex lagen die Preise über dem Niveau des Vorjahresmonats. Den stärksten Anstieg gab es bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren (+6,8 Prozent). Am geringsten fielen die Preissteigerungen mit +0,5 Prozent in der Abteilung „Verkehr" aus.

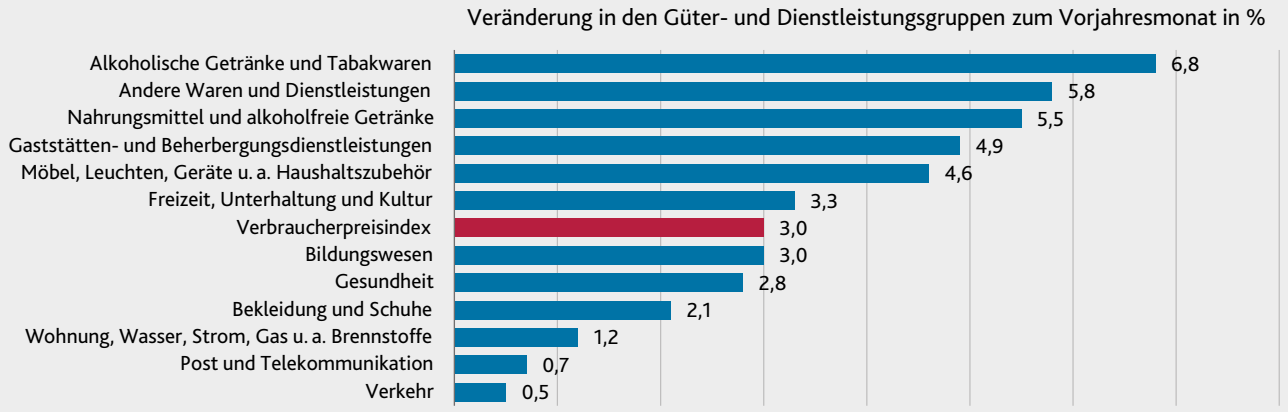
Gegenüber dem Vormonat sank der Verbraucherpreisindex um 0,4 Prozent. In sieben der zwölf Abteilungen lagen die Preise unter dem Niveau von Oktober. Die stärksten Preissenkungen gab es in der Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" (–1,8 Prozent). Preissteigerungen waren bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken sowie alkoholischen Getränken und Tabakwaren zu verzeichnen (+0,3 bzw. +0,1 Prozent).

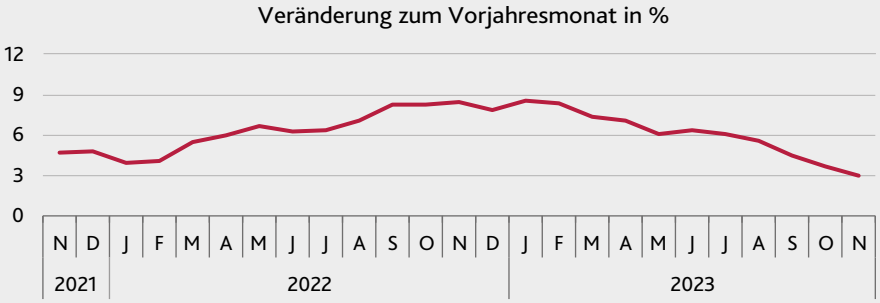
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in elf rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 23 Preisermittelnde im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im November 2023





November 2023

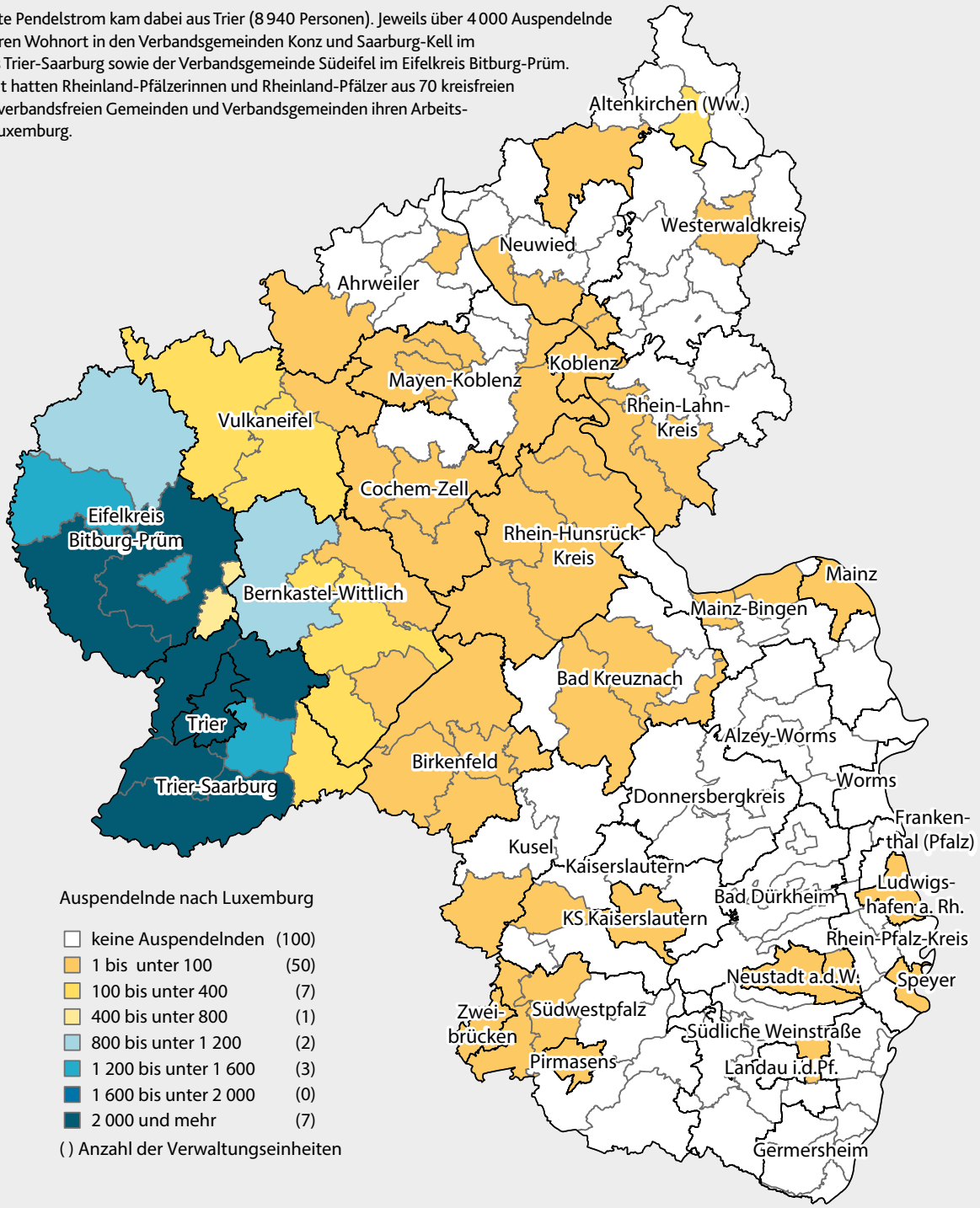
- Verbraucherpreisindex: +3,0%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:
  - Weintrauben: +17,0%
  - Butter: –30,0%

Auspendelnde nach Luxemburg 2022 nach Wohnort

Fast 39 000 Auspendelnde nach Luxemburg

Gut 1,3 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer pendelten 2022 zu ihrem Arbeitsort. Darunter waren auch 38 740 Auspendelnde in das Nachbarland Luxemburg.

Der größte Pendelstrom kam dabei aus Trier (8 940 Personen). Jeweils über 4 000 Auspendelnde hatten ihren Wohnort in den Verbandsgemeinden Konz und Saarburg-Kell im Landkreis Trier-Saarburg sowie der Verbandsgemeinde Südeifel im Eifelkreis Bitburg-Prüm. Insgesamt hatten Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer aus 70 kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden ihren Arbeitsplatz in Luxemburg.



Quelle: Statistik zur Gesamtbeschäftigung der Generalinspektion der Sozialen Sicherheit Luxemburg (IGSS)

Wohnen in Rheinland-Pfalz 2022

Zweithöchste Eigentumsquote im Bundesländervergleich

Von Dr. Julia Stoffel

Nach den Ergebnissen der Zusatzerhebung zur Wohnsituation des Mikrozensus 2022[1] lebten in Rheinland-Pfalz 1,88 Millionen Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime). Etwas mehr als jeder zweite Haushalt wohnte in den eigenen vier Wänden. Mieterinnen und Mieter zahlten im Schnitt eine monatliche Bruttokaltmiete von 7,80 Euro pro Quadratmeter; die durchschnittliche Mietbelastungsquote belief sich auf 28,4 Prozent. Unabhängig von den Eigentumsverhältnissen waren Gas und Heizöl die am häufigsten genutzten Hauptenergieträger zur Beheizung der Wohnung.

Wohnen – ein Thema, das Politik und Gesellschaft beschäftigt

Ergebnisse basieren auf der Zusatzerhebung Wohnen des Mikrozensus

Wohnen ist seit Jahren ein politisch und gesellschaftlich relevantes Thema. Mangelnder Wohnraum, steigende Mieten, hohe Baukosten und Immobilienpreise sowie deren Auswirkung auf den Aufbau von Wohneigentum beschäftigen Bürgerinnen und Bürger sowie die Politik und sind häufig Gegenstand der öffentlichen Diskussion. In diesem Beitrag wird die Wohnsituation der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer auf Basis von Ergebnissen aus der Zusatzerhebung Wohnen[2] des Mikrozensus 2022 beschrieben.

1 Erstergebnisse.

2 Das Zusatzprogramm Wohnen wird alle vier Jahre im Rahmen des Mikrozensus erhoben, zuletzt 2022.

1,88 Millionen Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime)

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus lebten 2022 in Rheinland-Pfalz gut vier Millionen Menschen in 1,93 Millionen Hauptwohnsitzhaushalten. Dabei sind Hauptwohnsitzhaushalte Privathaushalte, in denen mindestens ein Haushaltsmitglied 16 Jahre oder älter ist und mit Hauptwohnsitz im befragten Haushalt lebt. Von diesen 1,93 Millionen Hauptwohnsitzhaushalten werden im Folgenden nur jene Haushalte betrachtet, die in Gebäuden mit Wohnraum leben (reine Wohngebäude sowie Gebäude mit Wohnraum und Gewerbefläche), jedoch ohne Haushalte in Wohnheimen. Zudem werden nur Haushalte in die Auswertung einbezogen, die zum Zeitpunkt der Befragung allein in einer Woh-

nung[3] lebten. Somit werden insbesondere Wohngemeinschaften in den Ergebnissen nicht berücksichtigt. Die so abgegrenzte Zahl der Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime) belief sich 2022 auf 1,88 Millionen.

Die Hälfte der Haushalte wohnt im Eigentum

Zweithöchste Eigentumsquote im Ländervergleich

Etwas mehr als jeder zweite Haushalt in Rheinland-Pfalz lebte 2022 in den eigenen vier Wänden. Die Eigentumsquote – also der Anteil der Haushalte, die in einer Wohnung leben, welche sich in ihrem Eigentum befindet, an allen Haushalten – belief sich auf 51 Prozent. Damit verzeichnete Rheinland-Pfalz im Bundesländervergleich die zweithöchste Eigentumsquote; nur im Saarland lebten mehr Haushalte im Eigentum (60 Prozent). In allen anderen Bundesländern lag die Quote unterhalb der 50-Prozent-Marke, deutschlandweit bei 42 Prozent. Zur Miete wohnten 49 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte und damit – relativ betrachtet – viel weniger als in Deutschland insgesamt (58 Prozent).

3 Der Begriff Wohnung (bzw. Wohnungen) umfasst in diesem Beitrag neben Wohnungen in Mehrfamilienhäusern auch Einfamilienhäuser, Doppelhaushälften und Reihenhäuser.

Eigentumsquote

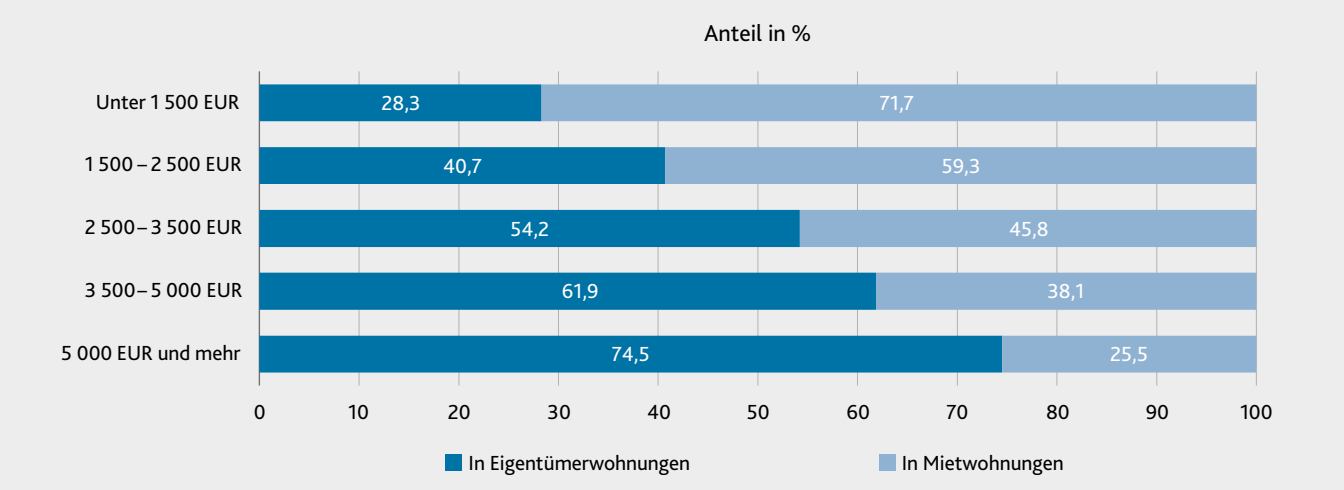
Die Eigentumsquote bezeichnet den Anteil der Eigentümerhaushalte in selbst bewohnten Wohnungen in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime) an allen Haushalten in bewohnten Wohnungen in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime).

Die Eigentumsquote bezieht sich auf die Haushaltsebene.

Höchste Eigentumsquote bei Vierpersonenhaushalten

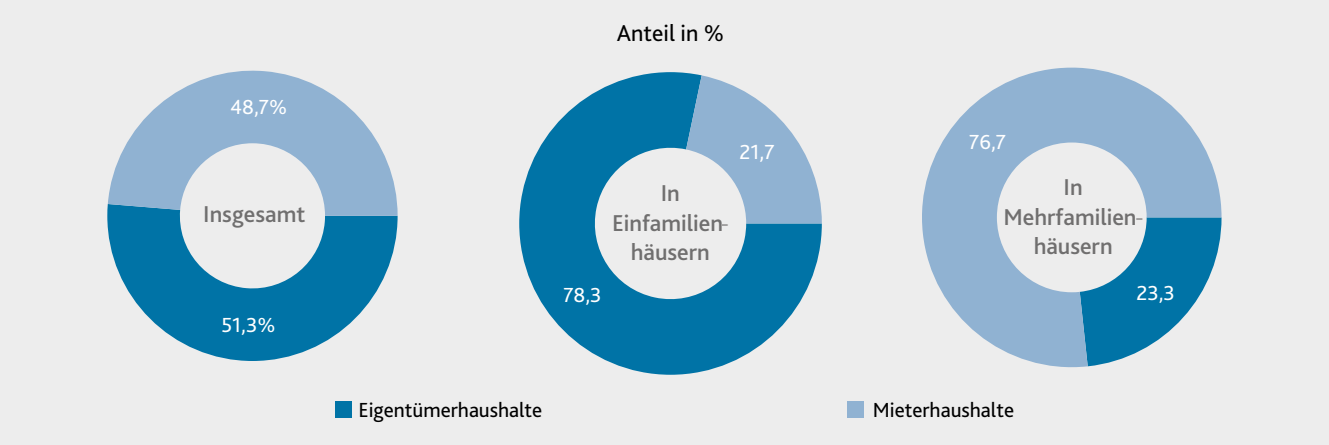
Differenziert nach Haushaltsgröße zeigt sich, dass Einpersonenhaushalte deutlich seltener im Wohneigentum wohnten als größere Haushalte. Gut ein Drittel der Einpersonenhaushalte bewohnte eine eigene Wohnung (35 Prozent). Am höchsten war die Eigentumsquote bei den Vierpersonenhaushalten (65 Prozent). Haushalte mit zwei bzw. drei

G1 Haushalte[1] in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime) 2022 nach Art der Nutzung der Wohnung und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen



1 Nur Haushalte mit Angaben zum Einkommen.

G2 Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime) 2022 nach Art der Nutzung der Wohnung und Gebäudetyp



Personen lebten nahezu gleich häufig in den eigenen vier Wänden (59 bzw. 60 Prozent). Bei größeren Haushalten ab fünf Personen waren es 55 Prozent.

Höhe des Einkommens (mit)-entscheidend für Wohneigentum

Die Höhe des Einkommens dürfte in den meisten Fällen (mit)entscheidend sein, ob sich Menschen ein Eigenheim erfüllen können oder nicht. Mit dem Einkommen steigt auch der Anteil der Haushalte, die eine Wohnung bewohnen, die sich in ihrem Eigentum befindet. Von den Haushalten, die 2022 monatlich weniger als 1500 Euro netto zur Verfügung hatten, lebten 28 Prozent in ihrer eigenen Wohnung. Im Gegensatz hierzu waren es 74 Prozent bei den Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 5000 Euro und mehr. Haushalte, die in den Einkommensklassen ab 2500 Euro monatlichem Nettoeinkommen vertreten waren, lebten mehrheitlich im Wohneigentum.

Das Gros der Haushalte in Einfamilienhäusern ist Eigentümer der Immobilie

Die rheinland-pfälzischen Haushalte wohnten 2022 in etwa zur Hälfte in Ein- bzw. Mehrfamilienhäusern (51 bzw. 49 Prozent). Unterteilt nach diesem Kriterium verändert sich das Verhältnis von Eigentümer- zu Mieterhaushalten deutlich. Während mehr als drei Viertel der Haushalte in Einfamilienhäusern (freistehend, gereiht oder als Doppelhaushälfte), dieses im Eigentum bewohnten (78 Prozent), lebte gut ein Fünftel dieser Haushalte dort zur Miete (22 Prozent). Haushalte, die in Mehrfamilienhäusern lebten, gehörten demgegenüber mehrheitlich zur Gruppe der Mieterinnen und Mieter (77 Prozent). Knapp ein Viertel der Haushalte in Mehrfamilienhäusern nannte die bewohnte Wohnung sein Eigen (23 Prozent).

In Mehrfamilienhäusern überwiegend Mieterhaushalte

Je mehr Wohnungen sich in einem Gebäude befinden, desto höher ist der Anteil der Mieterhaushalte. In Gebäuden mit zwei Wohnungen lebte die Hälfte der Haushalte zur Miete (50 Prozent), in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen war es mit 82 Prozent der weit überwiegende Teil der Haushalte.

Menschen in Rheinland-Pfalz leben vergleichsweise auf großem Raum

62 Quadratmeter Wohnfläche pro Kopf

Im Mittel hatten rheinland-pfälzische Haushalte 110 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung, durchschnittlich 62 Quadratmeter pro Kopf. Das waren 14 Quadratmeter je

Wohnung bzw. sieben Quadratmeter pro Kopf mehr als im bundesweiten Durchschnitt (96 Quadratmeter je Wohnung bzw. 55 Quadratmeter je Person).

Je kleiner der Haushalt, desto größer die Wohnfläche pro Kopf

Mit der Haushaltsgröße stieg zwar die mittlere Wohnfläche der Wohnung insgesamt, bezogen auf die Zahl der Haushaltsmitglieder stand jedoch jeder Einzelnen bzw. jedem Einzelnen rein rechnerisch weniger Wohnfläche zur Verfügung. Einpersonenhaushalte verfügten im Schnitt über 85 Quadratmeter Wohnfläche, bei Zweipersonenhaushalten waren es 117 Quadratmeter bzw. 59 Quadratmeter pro Kopf. Ein Dreipersonenhaushalt bewohnte im Mittel eine Fläche von 127 Quadratmetern (42 Quadratmeter pro Person). Für Haushalte mit vier und mehr Personen betrug die durchschnittliche Wohnfläche 139 Quadratmeter; das entsprach einer Pro-Kopf-Wohnfläche von lediglich 32 Quadratmetern.

Wohnfläche

Die Wohnfläche entspricht der Grundfläche aller Räume, die ausschließlich zu der jeweiligen Wohnung gehören. Dies umfasst alle Wohn-, Ess- und Schlafzimmer, aber auch weitere separate Räume wie Küchen und Bäder. Die Flächen weiterer Nebenräume (z. B. Flure, Abstellräume und Balkone) zählen ebenfalls zur Wohnfläche. In der amtlichen Statistik orientiert sich die Berechnung der Wohnfläche an der Wohnflächenverordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2346). Das heißt, die Grundfläche von Räumen mit einer Höhe von einem bis unter zwei Metern wird dabei nur zur Hälfte angerechnet. Die Fläche von Balkonen, Loggien, Dachgärten und Terrassen wird lediglich zu einem Viertel angerechnet.

Eigentümerhaushalte haben mehr Platz zum Wohnen

Wie viel Wohnraum einem Haushalt zur Verfügung steht, hängt auch von den Eigentumsverhältnissen ab. Mitglieder von Eigentümerhaushalten, die vorwiegend in Einfamilienhäusern wohnten, hatten 2022 im Durchschnitt 70 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung, bei Mitgliedern von Mieterhaushalten waren es mit 53 Quadratmetern deutlich weniger. Auch die Spannweite der Pro-Kopf-Wohnfläche nach Haushaltsgröße unterschied sich wesentlich in Abhängigkeit des Eigentumsverhältnisses. So reichte die Wohnfläche pro Person in Eigentümerhaushalten von durchschnittlich 114 Quadratmeter (Einpersonenhaushalte) bis 37 Quadratmeter (Haushalte mit mindestens vier Personen), was einer Spannweite von 77 Quadratmetern entsprach. Für Mieterhaushalte waren entsprechende Werte von 69 Quadratmeter (Einpersonenhaushalte) bis 25 Quadratmeter (Haushalte mit mindestens vier Personen) zu verzeichnen; die Spannweite betrug somit 44 Quadratmeter.

Mehr als die Hälfte der Haushalte heizt mit Gas

80 Prozent der Haushalte heizen mit Gas oder Öl

Gas war 2022 der von rheinland-pfälzischen Haushalten mit Abstand am häufigsten genutzte Hauptenergieträger zur Beheizung der Wohnung (54 Prozent; Deutschland: 51 Prozent). Gut ein Viertel der Haushalte beheizte die Wohnräume überwiegend mit Heizöl (26 Prozent; Deutschland: 20 Prozent). Am dritthäufigsten nannten die Haushalte Fernwärme (6,9 Prozent; Deutschland: 18 Prozent), gefolgt von Holz bzw. Holzpellets (4,8 Prozent; Deutschland: 4,2 Prozent) und Strom (4,3 Prozent; Deutschland: 4,1 Prozent). Nur 3,7 Prozent der Haushalte verwendeten Erd- oder andere Umweltwärme bzw. Abluftwärme vorwiegend zum Heizen (Deutschland: 2,8 Prozent).

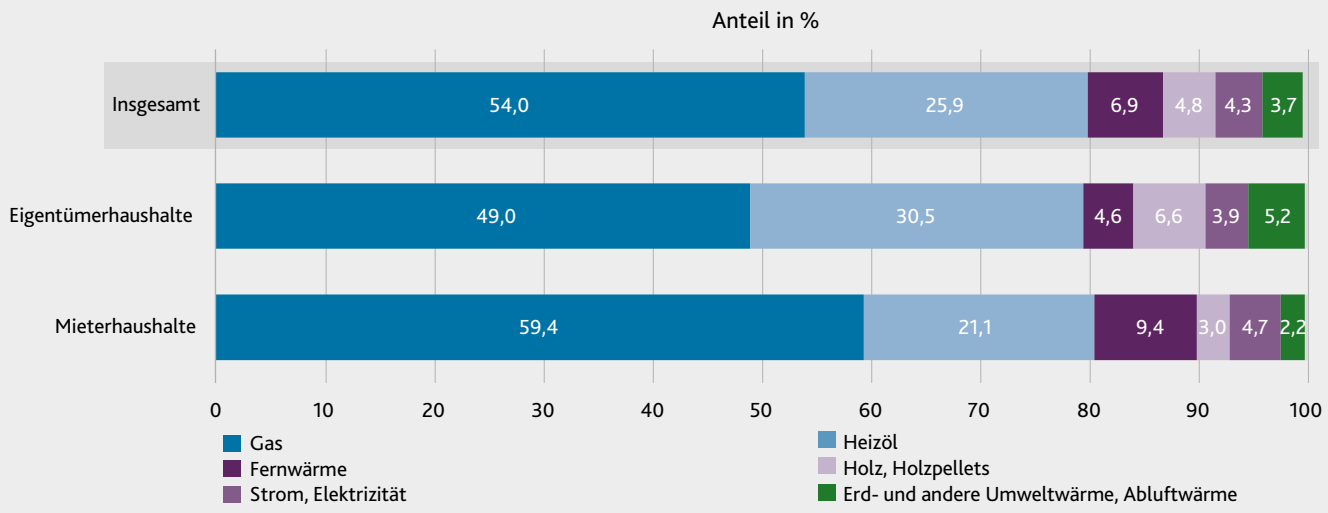
T1 Durchschnittliche Wohnfläche der Wohnung 2022 nach Haushaltsgröße und Art der Nutzung

Haushaltsgröße	Haushalte insgesamt	Eigentümer-haushalte	Mieter-haushalte
	pro Person in m²		
Insgesamt	61,9	70,4	52,9
Einpersonenhaushalte	85,0	114,3	69,2
Haushalte mit zwei Personen	58,6	67,6	36,5
Haushalte mit drei Personen	42,4	48,9	32,6
Haushalte mit vier Personen und mehr	32,3	36,8	24,9

In Mieterhaushalten hat Gas eine noch höhere Bedeutung

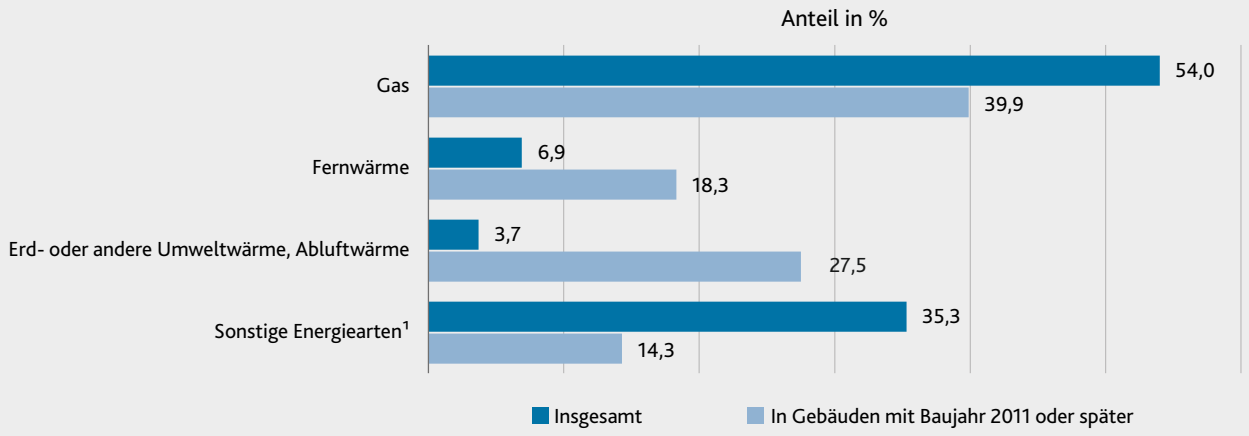
Unabhängig von Eigentums- oder Mietwohnungen waren Gas und Öl die dominierenden Energieträger zur Beheizung. Jeweils vier von fünf Eigentümer- bzw. Mieterhaushalten in Rheinland-Pfalz nutzten überwiegend eine dieser beiden Energiearten, wenngleich Gas bei den Mieterhaushalten (59 Prozent; Öl: 21 Prozent) bzw. Heizöl bei den Eigentümerhaushalten (30 Prozent; Gas: 49 Prozent) eine größere Rolle spielte als bei den Haushalten insgesamt. Auf das Heizen mit Fernwärme waren Haushalte, die in einem Mietverhältnis lebten (9,4 Prozent), stärker angewiesen als Haushalte, die im Eigentum wohnten (4,6 Prozent). Dagegen sorgten Holz und Holzpellets bzw. Erd- und andere Umweltwärme sowie Abluftwärme bei Eigentümerhaushalten (6,6 bzw. 5,2 Prozent) häufiger für angenehme Temperaturen in der Wohnung als bei Mieterhaushalten (drei bzw. 2,2 Prozent). Strom kam in 4,7 Prozent der Mieterhaushalte bzw. 3,9 Prozent der Eigentümerhaushalte als überwiegend genutzte Energieart für die Beheizung der Wohnung zum Einsatz.

G3 Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime) 2022 nach überwiegend verwendeter Energieart zur Beheizung der Wohnung und Art der Nutzung der Wohnung



1 Briketts, Braunkohle, Koks, Steinkohle, Biomasse (außer Holz), Biogas, Sonnenenergie.

G4 Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime) 2022 nach überwiegend verwendeter Energieart zur Beheizung der Wohnung und Baujahr des Gebäudes



1 Heizöl, Holz, Holzpellets, Strom, Elektrizität, Briketts, Braunkohle, Koks, Steinkohle, Biomasse (außer Holz), Biogas, Sonnenenergie.

Vorwiegend genutzte Energieart zur Beheizung hängt vom Baujahr des Gebäudes ab

Welche Energieart zur Beheizung der Wohnung vorwiegend genutzt wird, steht in einem engen Zusammenhang zum Baujahr des Gebäudes. Zwar war Gas auch für Haushalte, die Wohnungen in Gebäuden bewohnten, die 2011 oder später fertiggestellt wurden, der wichtigste Heizenergieträger (40 Prozent), gleichwohl hat die Gasheizung erheblich an Bedeutung verloren (Haushalte insgesamt: 54 Prozent). Im Gegensatz hierzu kamen Fernwärme (18 Prozent) und insbesondere Erd- und andere Umweltwärme sowie Abluftwärme (28 Prozent) in Gebäuden mit Baujahr 2011 oder später als Energieträger zum Heizen wesentlich öfter zum Einsatz. Erd- und andere Umweltwärme sowie Abluftwärme haben nicht nur an Stellenwert gewonnen, sondern wurden von Haushalten, die in neueren Bauten lebten, sogar am zweithäufigsten als überwiegend genutzte Energieart zur Beheizung genannt.

Monatliche Bruttokaltmiete je Quadratmeter im Schnitt bei 7,80 Euro

In den Auswertungen zu den Mieten und der Mietbelastung wurden nur sogenannte Hauptmieterhaushalte betrachtet.[4] Hauptmieterhaushalte sind alle Haushalte, die angegeben haben, Hauptmieter der von ihnen bewohnten Wohnung zu sein. Haushalte in anderen Mietverhältnissen, wie beispielsweise einer Untervermietung oder auch mietfreien Überlassung, werden im Folgenden nicht berücksichtigt. Im Jahr 2022 zahlten Hauptmieterhaushalte in Rheinland-Pfalz nach eigenen Angaben im Schnitt eine monatliche Bruttokaltmiete von 7,80 Euro pro Quadratmeter.[5] Zehn Prozent höher fiel die Miete aus, wenn die Wohnung 2019 oder später neu bezogen wurde. Dann lag die monatliche Bruttokaltmiete durchschnittlich bei 8,60 Euro je Quadratmeter. Haushalte, die vor 1999 ihre Mietwohnung bezogen haben, mussten hingegen im Mittel nur 6,50 Euro pro Quadratmeter aufwenden.

Wesentlich höhere Mieten bei Einzug seit 2019

Kleine Wohnungen verhältnismäßig teurer

Nicht nur das Bezugsjahr der Wohnung, sondern auch die Größe der Wohnung (gemessen an der Wohnfläche) spielt eine

4 Ausschließlich Hauptmieterhaushalte mit Angaben zu den relevanten Fragen.

5 Bei den Angaben zur Bruttokaltmiete je Quadratmeter in Euro wurde der Cent-Betrag jeweils auf Zehner gerundet.

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus" stellt als Ein-Prozent-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Neben der seit 1996 integrierten europäischen Arbeitskräfteerhebung wird seit dem Erhebungsjahr 2020 auch die bisher separat durchgeführte europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen im Mikrozensus erhoben. Die Befragung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten ist seit dem Erhebungsjahr 2021 ebenfalls Bestandteil des Mikrozensus. Durch die Integration dieser neuen Bestandteile ergeben sich viele neue Auswertungsmöglichkeiten. Der neugestaltete Mikrozensus ist jedoch auch mit methodischen Änderungen verbunden. Neben dem Fragenprogramm wurden die Konzeption der Stichprobe, sowie mit der Einführung eines Online-Fragebogens auch die Form der Datengewinnung verändert.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zur Erwerbstätigkeit und zum Bildungsstand. In vierjährigen Abständen werden zudem themenspezifische Zusatzprogramme (unter anderem zum Pendlerverhalten und zur Wohnsituation der Bevölkerung) erhoben.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 20 000 Haushalte mit rund 42 000 Personen in die Erhebung einbezogen, die zum Teil zweimal pro Jahr befragt werden.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse, denen eine geringe Fallzahl zugrunde liegt (70 oder weniger), nicht veröffentlicht und Ergebnisse, denen 71 bis unter 120 Fälle zugrunde liegen, in veröffentlichten Tabellen in Klammern gesetzt.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung. Die Entwicklungen von Haushalten und Lebensformen der Bevölkerung folgen im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen.

Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte waren bis zum Mikrozensus 2015 Fortschreibungen der Volkszählung 1987 (für die alten Bundesländer) und des zentralen Einwohnerregisters der DDR 1990 (für die neuen Bundesländer). Seit 2016 basiert die Auswahl der Stichprobe auf den fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen des Zensus 2011. Darüber hinaus werden Veränderungen des Gebäudebestandes in Folge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Die aktuelle gesetzliche Grundlage des Mikrozensus ist das Mikrozensusgesetz (MZG), das am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist.

T2 Durchschnittliche monatliche Bruttokaltmiete von Hauptmieterhaushalten[1] 2022 nach Einzugsjahr und Wohnfläche der Wohnung

Einzugsjahr bzw. Wohnfläche	Durchschnittliche monatliche Bruttokaltmiete[2]
	EUR pro m²
Hauptmieterhaushalte insgesamt	7,80
Nach Einzugsjahr	
Vor 1999	6,50
1999–2008	7,10
2009–2018	7,50
2019 und später	8,60
Nach Wohnfläche	
Unter 40 m²	12,50
40 – 60 m²	8,50
60 – 80 m²	7,70
80 – 100 m²	7,40
100 – 120 m²	7,00
120 – 140 m²	6,60
140 m² und mehr	5,80

1 Nur Hauptmieterhaushalte mit Angaben zu den relevanten Fragen.
– 2 Der Cent-Betrag wurde jeweils auf Zehner gerundet.

Bruttokaltmiete pro Quadratmeter sinkt mit zunehmender Wohnungsgröße

Rolle beim Mietpreis. Wohnungen mit einer kleinen Wohnfläche sind auf den Quadratmeter gerechnet wesentlich teurer als große Wohnungen. Für Wohnungen mit einer Wohnfläche von weniger als 40 Quadratmetern wurden im Schnitt – bezogen auf den Quadratmeter – monatlich 12,50 Euro Bruttokaltmiete fällig. Deutlich weniger zahlten Mieterinnen und Mieter für 40 bis 60 Quadratmeter große Wohnungen (8,50 Euro pro Quadratmeter). Mit zunehmender Wohnungsgröße sank die Bruttokaltmiete weiter. Hauptmieterhaushalte, die in Wohnungen mit mindestens 140 Quadratmeter lebten, mussten 2022 im Mittel monatlich 5,80 Euro für den Quadratmeter aufwenden. Die Tatsache, dass insbesondere kleine Wohnungen vermehrt in Städten oder urbanen Gebieten vermietet werden und dort das Mietniveau üblicherweise höher ist als im ländlichen Raum, dürfte den Effekt, dass kleine Wohnungen verhältnismäßig teurer sind, vermutlich noch verstärken.

Bruttokaltmiete unter Bundesdurchschnitt

Für Deutschland insgesamt belief sich die durchschnittliche Höhe der monatlichen Bruttokaltmiete auf 8,60 Euro pro Quadratmeter. Demzufolge zahlten rheinland-pfälzische Haushalte 9,3 Prozent bzw. 80 Cent weniger als Haushalte bundesweit. Im Ländervergleich mussten Haushalte im Saarland, in Niedersachsen und in den ostdeutschen Flächenländern im Mittel weniger Miete zahlen als die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, in allen anderen Ländern war die durchschnittliche Bruttokaltmiete höher als hierzulande.

Haushalte geben im Schnitt 28 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete aus

Mietbelastung leicht über Bundesdurchschnitt

Obwohl die durchschnittliche Bruttokaltmiete in Rheinland-Pfalz unterhalb des Bundesdurchschnitts rangierte, war die Mietbelastung rheinland-pfälzischer Haushalte im Mittel etwas höher als in Deutschland insgesamt. Die durchschnittliche Mietbelastungsquote, also der Anteil der Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen, betrug 2022 in Rheinland-Pfalz 28,4 Prozent. Damit lag Rheinland-Pfalz im Mittelfeld der Bundesländer und 0,6 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt von 27,8 Prozent.

Knapp neun Prozent der Haushalte mit einer Mietbelastungsquote von 50 Prozent oder mehr

Nahezu jeder dritte Hauptmieterhaushalt in Rheinland-Pfalz gab 2022 zwischen 20 und 30 Prozent seines Haushaltsnettoeinkommens für die Bruttokaltmiete aus (31 Prozent). Fast genauso viele mussten zwischen zehn und 20 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufbringen (30 Prozent). Zwischen 30 und 40 Prozent lag die Mietbelastungsquote für 17 Prozent der Haushalte, für acht Prozent der Haushalte belief sich die Quote

auf 40 bis 50 Prozent. Mindestens die Hälfte ihres Einkommens mussten 8,8 Prozent der Hauptmieterhaushalte im Land für die Miete aufwenden. Im Gegensatz hierzu bezahlten fünf Prozent der Haushalte weniger als zehn Prozent ihres Einkommens für ihren Wohnraum.

Haushalte mit geringem Einkommen besonders stark durch Mietkosten belastet

Erwartungsgemäß werden Haushalte mit geringerem Einkommen finanziell stärker durch die Mietausgaben belastet als Haushalte mit hohem Einkommen. Mieter mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1500 Euro hatten mit einer überdurchschnittlich hohen Mietbelastungsquote von 46 Prozent zu kämpfen. In der nächsthöheren Einkommensklasse (1500 bis unter 2500 Euro) lag die Quote bereits deutlich niedriger bei 27 Prozent. Hauptmieterhaushalte, denen ein monatliches Nettoeinkommen von mindestens 5000 Euro zur Verfügung stand, mussten nur noch 13 Prozent ihres Einkommens für die Miete bezahlen.

Es liegt auf der Hand, dass die Mietbelastung eines Haushaltes tendenziell niedriger ist, je mehr Haushaltsmitglieder Einkommen beziehen. Die durchschnittliche Mietbelastungsquote bei Haushalten mit nur einem Einkommensbezieher betrug 2022 in Rheinland-Pfalz 33 Prozent. Haushalte, in

Bruttokaltmiete und Mietbelastung

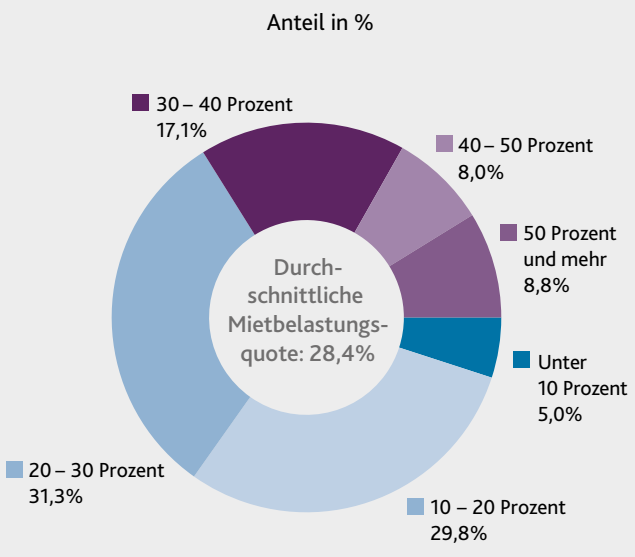
Die **Bruttokaltmiete** setzt sich aus der Nettokaltmiete und den kalten Nebenkosten zusammen. Kosten beziehungsweise Umlagen für den Betrieb einer Heizungs- und Warmwasserversorgungsanlage, Strom, Gas, flüssige und feste Brennstoffe, Fernwärme usw. zählen nicht zur Bruttokaltmiete. Diese werden als warme Nebenkosten separat ausgewiesen.

Unter **Nettokaltmiete** wird der monatliche Betrag verstanden, der mit der Vermieterin oder dem Vermieter als Entgelt für die Überlassung der Wohnung vereinbart ist. Dabei ist es gleichgültig, ob die Miete tatsächlich gezahlt wurde oder nicht.

Kalte Nebenkosten sind die auf die Mieterinnen und Mieter umgelegten monatlichen Betriebskosten für Leistungen wie Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Hausverwaltung sowie die umgelegte Grundsteuer und Gebäudeversicherungen. In den kalten Nebenkosten im Sinne der amtlichen Statistik sind ausschließlich Zahlungen enthalten, die an die Vermieterin oder den Vermieter bezahlt werden. Wenn die aufgelisteten Kosten direkt an den Versorger gezahlt werden, werden diese als Kosten an Dritte erfasst bzw. ausgewiesen.

Die **Mietbelastung** eines Haushalts ist der Anteil der Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen. Da das Haushaltsnettoeinkommen nicht in absoluten Beträgen erfasst wird, sondern in Klassen, wird zur Berechnung der Mietbelastung die Klassenmitte der angegebenen Einkommensklasse herangezogen. Die Mietbelastung wird ohne Berücksichtigung der warmen Nebenkosten, d. h. der verbrauchsabhängigen Bestandteile der Miete, berechnet. Dies ermöglicht einen vom individuellen Verbrauch der Haushalte unabhängigen Vergleich.

G5 Mietbelastungsquote[1] von Hauptmieterhaushalten[2] in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime) 2022



1 Anteil der Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen.
– 2 Nur Hauptmieterhaushalte mit Angaben zur Mietbelastung.

denen mindestens noch eine weitere Person zum Haushaltseinkommen beitrug, hatten dagegen eine geringere Mietbelastung von 22 Prozent zu tragen.

Überdurchschnittliche Mietbelastung bei Einpersonenhaushalten

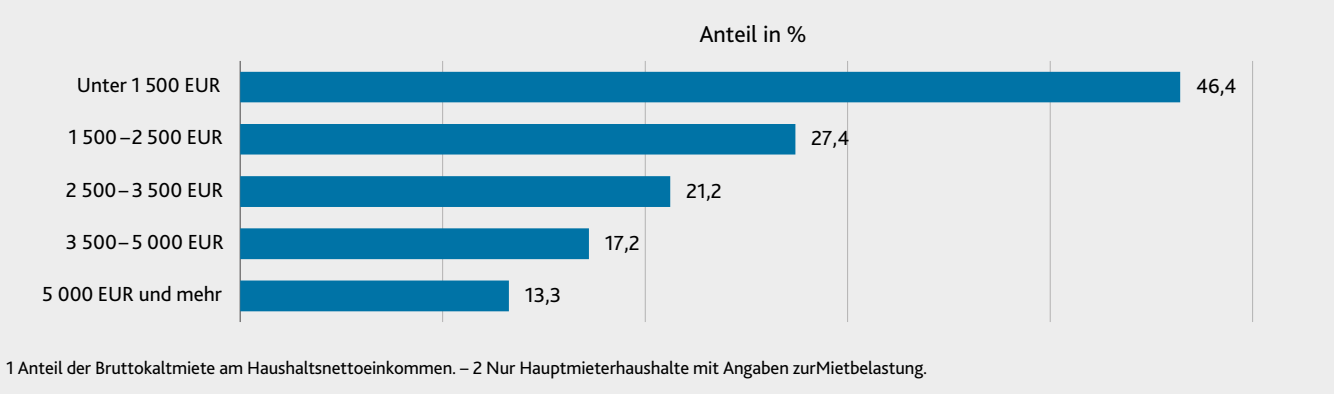
Die Ergebnisse zeigen auch, dass Einpersonenhaushalte überproportional durch die Mietkosten belastet waren. So wiesen Einpersonenhaushalte mit rund 34 Prozent eine überdurchschnittliche Mietbelastungsquote auf. Bei größeren Haushalten mit zwei (23 Prozent), drei (23 Prozent) oder vier Personen (24 Prozent) war sie jeweils um etwa zehn Prozentpunkte niedriger. Auch Haushalte mit mindestens fünf Personen mussten im Schnitt einen geringeren Anteil von ihrem Nettoeinkommen für die Bruttokaltmiete aufbringen (28 Prozent) als Einpersonenhaushalte.

41 Prozent der Eigentümerhaushalte zahlen Kredite ab

Haushalte mit Haupteinkommenspersonen ab 65 Jahren haben Wohnimmobilie oft abbezahlt

Eigentümerinnen und Eigentümer zahlen zwar keine Miete, jedoch finanzieren sie den Kauf oder Bau einer Immobilie in der Regel mit Krediten. Rund 41 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte, die in ihren eigenen vier Wänden lebten, zahlten 2022 Kredite für die Finanzierung der selbst bewohnten Immobilie ab. War die Haupteinkommensperson des Eigentümerhaushaltes 65 Jahre oder älter reduzierte sich der Anteil der Haushalte, die Immobilienkredite zurückzahlten, auf zehn Prozent. Im Gegensatz hierzu hatten 78 Prozent der Haushalte, deren Haupteinkommensperson zwischen 25 bis unter 45 Jahre alt war, die Immobilienkredite noch nicht vollständig abbezahlt.

G6 Durchschnittliche Mietbelastungsquote[1] von Hauptmieterhaushalten[2] in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime) 2022 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen



1 Anteil der Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen. – 2 Nur Hauptmieterhaushalte mit Angaben zurMietbelastung.

Fazit

Im Jahr 2022 lebten in Rheinland-Pfalz 1,88 Millionen Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime); gut die Hälfte von ihnen im Eigentum. Insbesondere Haushalte in Einfamilienhäusern nannten die bewohnte Wohnung ihr Eigen. Im Mittel hatte jede Rheinland-Pfälzerin bzw. jeder Rheinland-Pfälzer 62 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung. Wobei Eigentümerhaushalte durchschnittlich mehr Platz zum Wohnen hatten als Mieterinnen und Mieter.

Gas war 2022 der häufigste Energieträger zur Beheizung der Wohnung – sowohl insgesamt als auch für Haushalte, die Wohnungen in neueren Gebäuden (Baujahr 2011 oder später) bewohnten. Gleichwohl verlor die Gasheizung in neueren Bauten an Bedeutung. Demgegenüber haben Erd- und andere Umweltwärme sowie Abluftwärme erheblich an Stellenwert gewonnen. Hauptmieterhaushalte wendeten 2022 durchschnittlich 28,4 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Bruttokaltmiete auf. Hierbei waren Haushalte mit geringem Einkommen sowie Einpersonenhaushalte überdurchschnittlich durch die Mietkosten belastet.

Gas häufigster Energieträger, verliert in neueren Gebäuden an Bedeutung

Dr. Julia Stoffel ist Referentin im Referat „Private Haushalte“.

Ausbau der Masterstudienangebote in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Marco Schröder und Tessa Alena Rech

Durch ein erfolgreich absolviertes Masterstudium eröffnen sich für junge Menschen berufliche und gesellschaftliche Aufstiegsoptionen und damit bessere Chancen, ein höheres Einkommen zu erzielen, darüber hinaus die Möglichkeit zur Spezialisierung in einem Fachbereich sowie der Zugang zur Promotion bzw. zur wissenschaftlichen Laufbahn und des Weiteren zu reglementierten Berufen und Professionen oder zum höheren Dienst in der öffentlichen Verwaltung. Daher ist es nachvollziehbar, dass der Erwerb eines Masterabschlusses attraktiv ist und immer mehr junge Menschen einen solchen Abschluss anstreben. Um die Entwicklung der Zahl der Masterstudierenden – auch differenziert nach der fachlichen Ausrichtung – nachzuvollziehen, lohnt ein Blick in die amtliche Hochschulstatistik.

Gründe für ein Masterstudium

Einführung des zweistufigen Studiensystems

Mit der von 29 europäischen Bildungsministerinnen und -ministern unterzeichneten Bologna-Erklärung wurde 1999 der Grundstein zur Einführung eines zweistufigen Graduierungssystems gelegt, in dessen Rahmen Bachelor- und darauf aufbauende Masterstudiengänge im (deutschen) Hochschulsystem etabliert wurden.[1] Ziel war es, ein länderübergreifend einheitliches, strukturiertes und modulares Hochschulsystem aufzubauen, um die Bildungsmobilität und die Arbeitsmarktorientierung zu fördern.

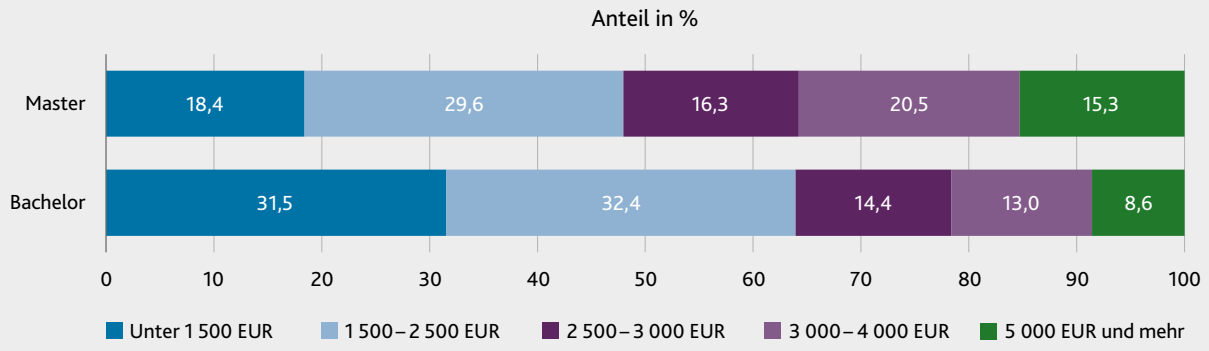
Obwohl bereits das Bachelorstudium zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führt, streben viele junge Akademikerinnen und Akademiker in diesem System ein Masterstudium an. Die subjektiven Gründe für die Aufnahme eines weiterführenden Studiums sind vielfältig. Neben den Motiven, sich spezialisieren oder anschließend promovieren zu wollen, spielen auch – wie anfangs beschrieben – eine Vielzahl an anderen Faktoren eine Rolle bei der Entscheidung. Ein weitestgehend belegter Vorteil eines Masterabschlusses ist die Chance, in der späteren Berufstätigkeit ein höheres Einkommen zu erzielen. In unterschiedlichen Studien wurde nachgewiesen, dass Masterabsolventinnen und -absolventen höhere Gehälter erhielten als Personen mit einem Bachelorabschluss.[2] Beispielsweise zeigte sich

Einkommensunterschiede zwischen Master- und Bachelorabsolvierenden

1 Vgl. Schröder, M.: Studienwahl unter den Folgen einer radikalen Differenzierung. Bad Heilbrunn 2015, S. 19.

2 Vgl. Trennt, F.: Zahl sich ein Master aus? Einkommensunterschiede zwischen den neuen Bachelor- und Masterabschlüssen. In: Lörz, M./Quast, H. (Hrsg.): Bildungs- und Berufsverläufe mit Bachelor und Master. Determinanten, Herausforderungen und Konsequenzen. Wiesbaden 2019, S. 373.

G1 Personen mit Bachelor- und Masterabschluss 2022[1] nach monatlichem Netto-Einkommen



1 Die Daten basieren auf den Erstergebnissen des Mikrozensus 2022.

Studie zeigt Einkommensunterschiede

in der als Längsschnittstudie ausgerichteten „DZHW-Absolvent*innenbefragung", dass Bachelorabsolventinnen und -absolventen zehn Jahre nach Ihrem Studienabschluss ein – in Abhängigkeit von der Hochschulart – durchschnittlich fünf bis zehn Prozent niedrigeres Bruttoeinkommen hatten als Personen mit einem Masterabschluss. „Vollzeitbeschäftigte Bachelorabsolvent*innen von Fachhochschulen mit Masterabschluss" verdienen demnach eigenen Angaben zufolge durchschnittlich 66 800 Euro im Jahr, „Universitätsabsolvent*innen mit Master" 65 100 Euro. Bei einem Bachelorabschluss ohne ein weiteres Masterstudium liegt das angegebene Durchschnittseinkommen mit 63 700 Euro (FH) bzw. 58 200 Euro (Universität) niedriger".[3]

Mikrozensus: Höheres Netto-Einkommen mit Master

Die Daten des Mikrozensus belegen diese Studienergebnisse weitestgehend. Unter den rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürgern mit Masterabschluss gaben 15 Prozent an, ein monatliches Netto-Einkommen von mehr als 5 000 Euro im Monat zu erhalten; bei denjenigen mit Bachelorabschluss waren es nur knapp neun Prozent. Demgegenüber lag der Anteil der Personen mit Masterabschluss (18 Prozent), die weniger als 1 500 Euro netto pro Monat verdienten, deutlich unter dem der Bachelorabsolventinnen und -absolventen (32 Prozent). Im Median lag das monatliche Netto-Einkommen bei Inhabern eines Masterzeugnisses bei 2 500 bis 3 000 EUR und bei denjenigen mit Bachelor als höchsten Bildungsabschluss bei 1 500 bis 2 500 Euro.[4]

Beinahe Verdoppelung der Masterstudierenden

32 000 Masterstudierende im WS 2022/23

Viele Bachelorabsolventinnen und -absolventen setzen an einer rheinland-pfälzischen Hochschule oder Universität ihre Ausbildung in einem Masterstudium fort. So waren im Wintersemester 2022/23 rund 32 000 junge Menschen in einen Masterstudiengang an einer rheinland-pfälzischen Hochschule eingeschrieben, davon 27 000 in einem nicht lehramtsbezogenen Studiengang. Da die Ausbildung für das Lehramt gesonderten Regelungen unterliegt, werden im Folgenden

3 Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW): Student Life Cycle. Ausgewählte Ergebnisse der Befragungen. https://slc-absolv.dzhw.eu/ergebnisse [abgerufen am: 08.08.2023].

4 Im Mikrozensus wird das Nettoeinkommen über Einkommensklassen abgefragt.

ausschließlich Masterstudiengänge berücksichtigt, die keinen Lehramtsbezug aufweisen.

Rund 27 000 Masterstudierende (ohne Lehramt)

Zwischen den Wintersemestern 2012/13 und 2021/22 stieg die Zahl der Masterstudierenden von 14 600 auf 28 000. Damit hat sich die Zahl der Masterstudierenden innerhalb von neun Jahren beinahe verdoppelt (+92 Prozent). Im Folgejahr gab es allerdings einen Rückgang um rund drei Prozent.

Eine andere Entwicklung ist bei den Anfängerinnen und Anfängern eines nicht lehramtsbezogenen Masterstudiums im ersten Fachsemester zu beobachten. Deren Zahl stieg zunächst bis 2016/17 und pendelte sich anschließend bei rund 6 500 bis 6 600 Studierenden ein – mit Ausnahme der Wintersemester 2020/21 (rund 7 000) und 2022/23 (rund 5 700). Die Ausreißer sind vermutlich Effekte, die auf die Maßnahmen im Kontext der Coronapandemie zurückzuführen sind. So ist anzunehmen, dass sich der Rückgang im Wintersemester 2022/23 auf längere individuelle Regelstudienzeiten im Bachelorstudium begründet.[5]

Stagnierende Zahlen im ersten Fachsemester

Hinsichtlich der soziodemografischen Zusammensetzung der Studierenden im Masterstudium zeigt sich unter anderem, dass zwischen den Geschlechtern nahezu eine Parität besteht. Während der Frauenanteil im Bachelorstudium noch knapp unter 49 Prozent lag, war im Masterstudium die Hälfte der Studierenden weiblich.

Hoher Internationalisierungsgrad im Masterstudium

Größere Unterschiede gibt es hingegen bei der Wahrnehmung der Studienangebote bei Studierenden mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. Im nicht lehramtsbezogenen Bachelorstudium lag der Ausländeranteil noch bei 14 Prozent; im Masterstudium stieg er auf 24 Prozent. Damit hatte beinahe jede bzw. jeder vierte Masterstudierende keine deutsche Staatsangehörigkeit. Der hohe Anteil an nichtdeutschen, internationalen Studierenden ist unter anderem auf die „Mobilitätsstrategie für den Europäischen Hochschulraum“[6] von 2012 und die von Bund und Ländern vereinbarte Internationalisierungsstrategie der „Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz“[7] von 2013 zurückzuführen. Dabei wird neben einem allgemeinen Aufbau interkultureller und internationaler Lernangebote gefordert, dass „größere Teile der Studiengänge vor allem

Methodische Erläuterung: Erhebung des Netto-Einkommens im Mikrozensus

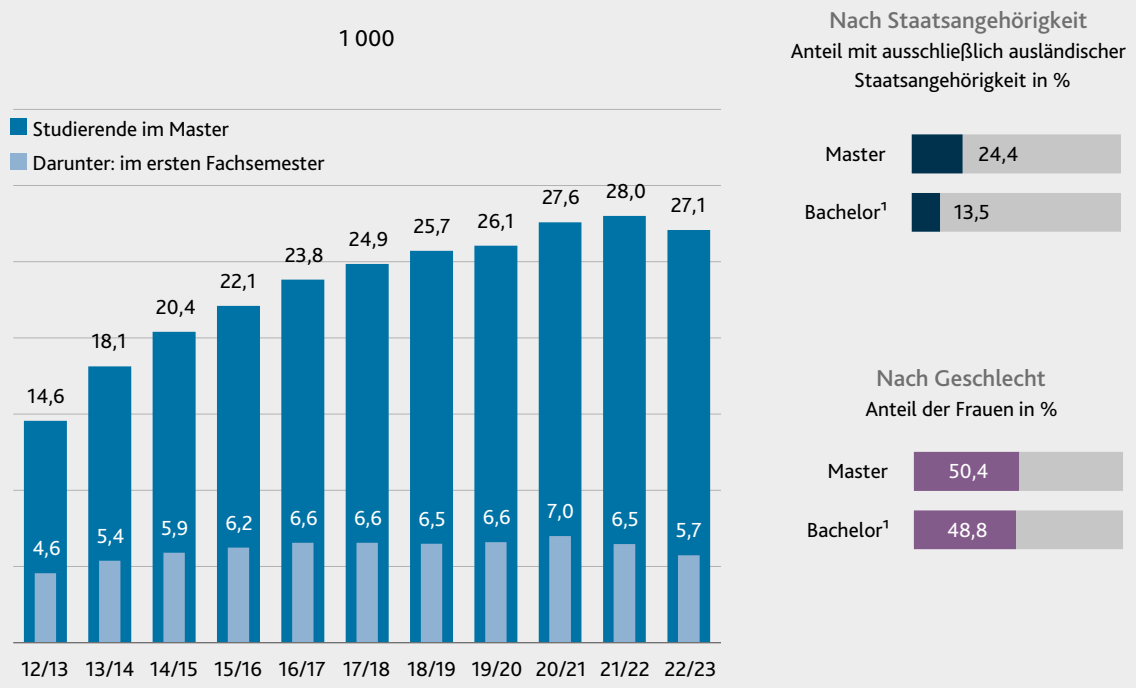
Das persönliche Netto-Einkommen wird in dieser rund ein Prozent der Bevölkerung umfassenden Repräsentativerhebung durch eine Selbsteinstufung der Befragten in vorgegebene Einkommensgruppen ermittelt. Zum Netto-Einkommen (Summe aller Einkunftsarten ohne Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) des letzten Monats zählen zum Beispiel: Erwerbseinkommen, Unternehmereinkommen, Rente, Pensionen, öffentliche Unterstützungen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Arbeitslosengeld, Kindergeld, Wohngeld. Da die Ermittlung des Einkommens von selbstständigen Landwirten/-innen in der Haupttätigkeit aufgrund der Bewertung der entnommenen eigenproduzierten Güter in der Landwirtschaft schwierig ist, verzichtet der Mikrozensus auf diese Angaben.

5 Vgl. § 27 Abs. 5 HochSchG RP.

6 Vgl. EHEA Ministerial Conference: Mobilität für besseres Lernen. Mobilitätsstrategie 2020 für den Europäischen Hochschulraum (EHR). Bukarest 2012, S. 1.

7 Vgl. Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz: Strategie der Wissenschaftsminister/innen von Bund und Ländern für die Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland. Bonn 2013, S. 1 ff.

G2 Studierende und Studienanfänger/-innen im Masterstudium[1] in den Wintersemestern 2012/13 bis 2022/23 nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht



1 Ohne Lehramt.

auf der Master- und Promotionsebene, aber auch einzelne Lehrveranstaltungen […] in Englisch oder anderen Fremdsprachen angeboten werden" sollten.[8]

Regionale und trägerbezogene Unterschiede

TU Kaiserslautern mit den meisten Masterstudierenden

Die meisten Masterstudierenden waren im Wintersemester 2022/23 an den großen Universtäten in Kaiserslautern (6700), Mainz (5000) und Koblenz bzw. Landau (3500) eingeschrieben. Bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Fachhochschulen meldeten die Hochschule Koblenz (1900), die Hochschule Trier und die Hochschule Kaiserslautern (jeweils 1400) die meisten Studierenden in einem Masterstudium.

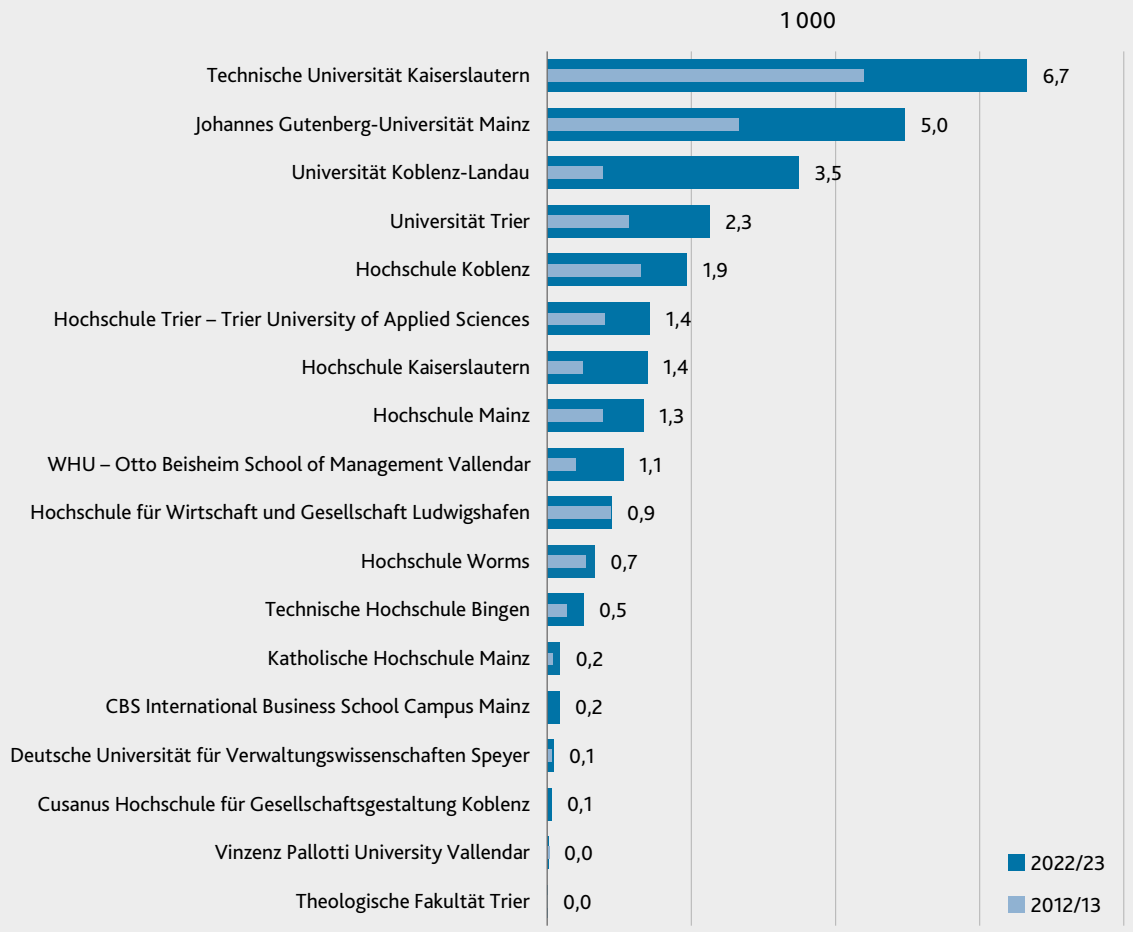
8 Ebd., S. 5.

Umsetzung des zweistufigen Studiensystems in unterschiedlicher Geschwindigkeit

Gegenüber 2012/13 hat insbesondere die Universität Koblenz-Landau einen deutlichen Anstieg der eingeschriebenen Studierenden in nicht lehramtsbezogenen Masterstudiengänge verzeichnet (+360 Prozent). Demgegenüber hat sich die Zahl der Masterstudierenden an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft in Ludwigshafen im gleichen Zeitraum kaum verändert (+1,5 Prozent). Daran zeigt sich exemplarisch, welche unterschiedlichen Geschwindigkeiten bei der Umsetzung des zweistufigen Studiensystems nach der Bologna-Reform bestehen.

Bezüglich des Anteils an Masterstudierenden unter allen Studierenden setzten sich im Wintersemester 2022/23 vier Hochschulen deutlich von den anderen Hochschulen ab: An der Technischen Universität Kaiserslautern, der WHU Vallendar, der CBS Interna-

G3 Studierende im Masterstudium[1] in den Wintersemestern 2012/13 und 2022/23 nach Hochschulen



1 Ohne Lehramt.

Privathochschulen mit hohem Masterstudierendenanteil

tional Business School Mainz und der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung Koblenz waren jeweils rund die Hälfte der Studierenden in ein nicht lehramtsbezogenes Masterstudium eingeschrieben. An allen anderen Hochschulen und Universitäten lag deren Anteil unter einem Drittel. Mit Ausnahme der Technischen Universität Kaiserslautern zeigt sich, dass die hohen Anteile an Masterstudierenden insbesondere an den Hochschulen in privater Trägerschaft vorzufinden sind. So lag der Anteil an Masterstudierenden (ohne Lehramt) an Privathochschulen bei 44 Prozent, an öffentlichen Hochschulen bei 23 Prozent und an kirchlichen Hochschulen bei zehn Prozent.

Die beliebtesten Masterstudienfächer im Wandel

Zunehmende Differenzierung der Studienfächer

Im Wintersemester 2012/13 waren rund 240 unterschiedliche Studienfächer von Masterstudierenden ohne Lehramtsbezug belegt. Diese Zahl hat sich bis zum Wintersemester 2022/23 um etwa 130 Fächer auf etwa 370 erhöht. Auch wenn sich aus der Differenzierung der Angebote etwaige Vorteile ergeben, erleichtert diese inzwischen

erhebliche Vielfalt die Studienfachwahl der Interessierten an einem Masterstudiengang nicht.

BWL und Informatik sind besonders beliebt

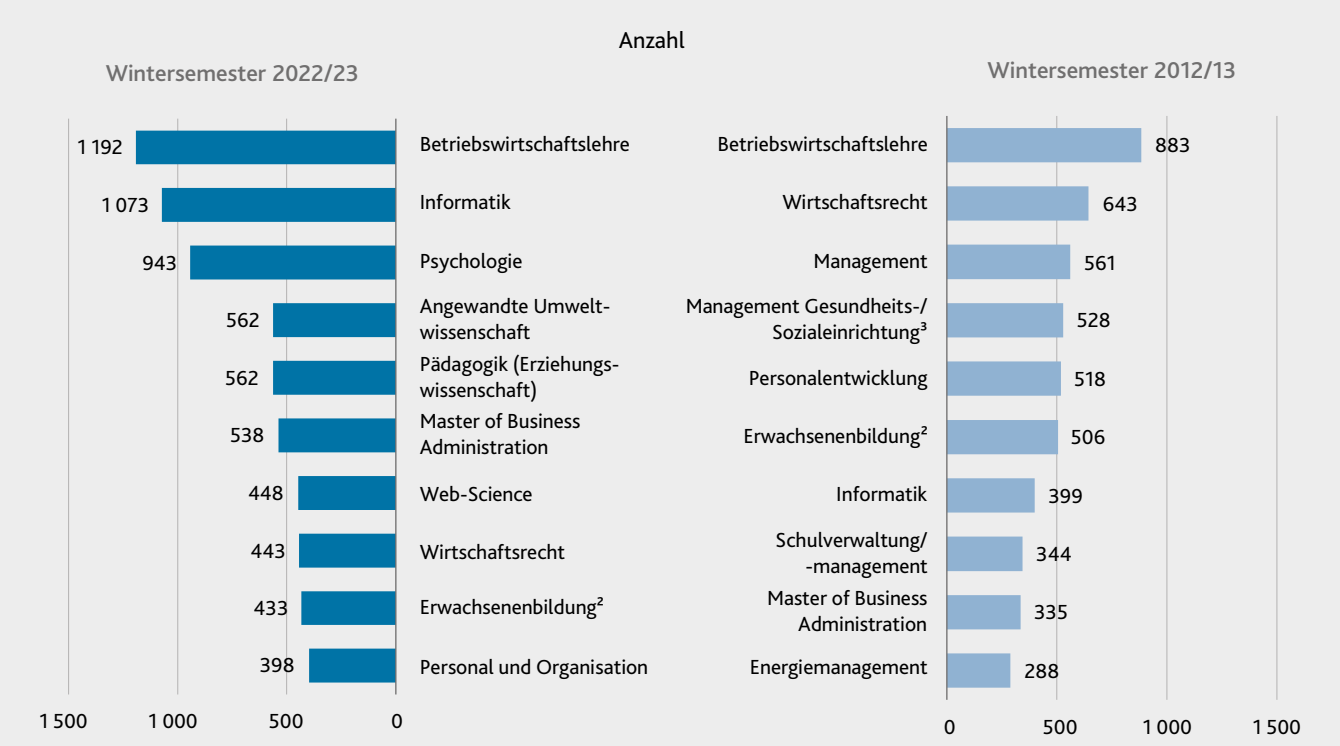
Das beliebteste Studienfach der an einer rheinland-pfälzischen Hochschule eingeschriebenen Masterstudierenden war im Wintersemester 2022/23 mit rund 1200 Immatrikulationen die Betriebswirtschaftslehre (BWL), dicht gefolgt von der Informatik (1100). Bereits im Wintersemester 2012/13 belegte das klassische BWL-Studium den ersten Platz unter den Studienfächern. Das hohe Interesse an BWL-Studiengängen ist möglicherweise auf die inhaltliche und anwendungsbezogene Ausbildungsbreite zurückzuführen. So bietet sie einerseits generalistische, wirtschaftswissenschaftliche und im Unternehmenskontext differenzierte anwendungsbezogene Inhalte und vermittelt zudem spezialisierte, verhaltens- bzw. sozialwissenschaftliche und wissenschaftsbezogene Ansätze.[9]

Informatik erfährt hohen Zuwachs

Die Informatik hat hingegen in den letzten zehn Jahren einen deutlichen Schub erfahren: Die Zahl der Masterstudierenden hat sich von rund 400 auf etwa 1100 um den Faktor 2,7 erhöht. In der Folge stieg die Platzierung dieses Studienganges im Ranking der am häufigsten besuchten Studienfächer von Rang sieben auf Rang zwei. Andere Masterstudiengänge wie beispielsweise Wirtschaftsrecht, Management oder Personalentwicklung verloren demgegenüber an Bedeutung. Dies ist unter anderem auf konkurrierende neue Studienfächer in ähnlichen Disziplinen zurückzuführen.

9 Vgl. Wöhe, G./Döring, U.: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. 24. Aufl., München 2010, S. 3 ff.

G4 Studierende im Masterstudium[1] in den Wintersemestern 2012/13 und 2022/23 nach den zehn jeweils am häufigsten belegten Studienfächern



1 Ohne Lehramt. – 2 Einschließlich außerschulischer Jugendbildung. – 3 Management von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen.

MINT-Masterstudiengänge erfreuen sich hoher Beliebtheit

MINT-Strategien von Bund und Ländern

Um die gesellschaftlich wie wirtschaftlich bedeutsamen mathematischen, informationstechnischen, naturwissenschaftlichen und technischen – kurz MINT – Kompetenzen zu fördern, haben sowohl Landes- als auch Bundesministerien spezifische Förderprogramme und MINT-Strategien entwickelt. Während auf Bundesebene das Bundesministerium für Bildung und Forschung zuletzt 2022 den MINT-Aktionsplan 2.0 präsentiert hat, wurde auch in Rheinland-Pfalz bereits 2016 die MINT-Strategie „mint läuft – Entdecken – Entwickeln - Zukunft gestalten" unter Einbezug der kompletten Bildungskette – also von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule – etabliert. Dabei wurde das Ziel formuliert, „Rheinland-Pfalz zu einem starken MINT-Land zu machen".[10]

Studierende im MINT-Masterstudiengängen steigen

Tatsächlich sind Effekte der Förderung des MINT-Bereichs auch in der Nachfrage nach Masterangeboten in den MINT-Fächern beobachtbar. Beispielsweise zeigt die Entwicklung der beliebtesten Masterstudienfächer den Einzug eines neben Informatik und Web-Science inzwischen dritten MINT-Studienfachs in die Top 10, nämlich des Masters „Angewandte Umweltwissenschaften". Darüber hinaus ist zu beobachten, dass in den letzten zehn Jahren die Zahl der Masterstudierenden in den MINT-Fächern einen überdurchschnittlichen Anstieg verzeichnete. Zwischen den Wintersemestern 2012/13 und 2022/23 stieg sie von etwa 4 300 auf 10 200 (+137 Prozent). Demgegenüber verzeichneten die Studierenden, die in anderen nicht lehramtsbezogenen Masterfächern immatrikuliert waren, einen Zuwachs von nur 64 Prozent.

Frauenanteil in MINT-Fächern nach wie vor niedrig

Obwohl – wie anfangs bereits ausgeführt – der Frauenanteil in den Masterstudiengängen weitestgehend ausgeglichen ist, gibt es weiterhin Unterschiede in den verschiedenen Fächergruppen. So lag der Frauenanteil entgegen internationaler und nationaler Förderziele[11] in den MINT-Masterstudiengängen bei lediglich 33 Prozent. Zwar hat die Zahl der Frauen, die ein MINT-Fach im Masterstudium belegten, zwischen 2012/13 und 2022/23 einen Zuwachs von 161 Prozent erfahren, doch in absoluten Zahlen fiel dieser Zugewinn (+2 100) deutlich geringer aus als bei den Männern (+3 800). In der Folge veränderte sich der Frauenanteil in den letzten zehn Jahren nur geringfügig (+3 Prozentpunkte).

Erfolgsquote im Studienverlauf des Masterstudiums

Coronabedingte Einführung einer verlängerten individuellen Regelstudienzeit

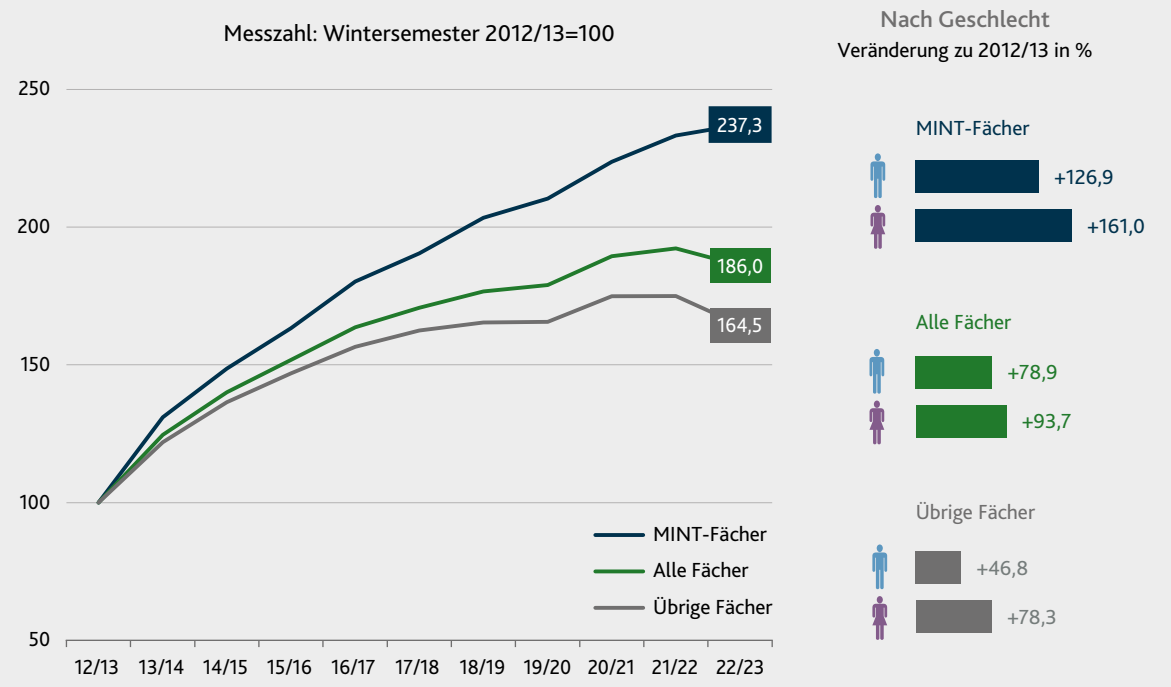
Die formal in Prüfungs- bzw. Studienordnungen festgelegte Regelstudienzeit für ein nicht lehramtsbezogenes Masterstudium lag in Rheinland-Pfalz im Wintersemester 2022/23 im Median bei vier Semestern. Dabei ist zu beachten, dass die individuelle Regelstudienzeit, die insbesondere im Kontext des BAföG-Bezugs relevant ist, im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie für Studierende, die zwischen den Sommersemestern 2020 und 2021 in einen Masterstudiengang eingeschrieben waren, um ein Semester erhöht wurde.[12] Die Erhöhung der individuellen Regelstudienzeit wurde in der amtlichen Statistik nicht erfasst.

10 Ministerium für Bildung: Die Zukunft im Blick – Eine gemeinsame MINT-Strategie für Rheinland-Pfalz. https://bm.rlp.de/unsere-schwerpunkte/mint, Mainz 11.08.2023.

11 Vgl. u. a. Kultusministerkonferenz/Bundesministerium für Bildung und Forschung: Die Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses 2009 – 2012. Berlin 2012, S. 27.

12 Vgl. § 27 Abs. 5 HochSchG RP.

G5 Studierende im Masterstudium[1] in MINT-Fächern[2] den Wintersemestern 2012/13 bis 2022/23 nach Geschlecht



1 Ohne Lehramt. – 2 Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften.

Einführung einer amtlichen Studienverlaufsstatistik

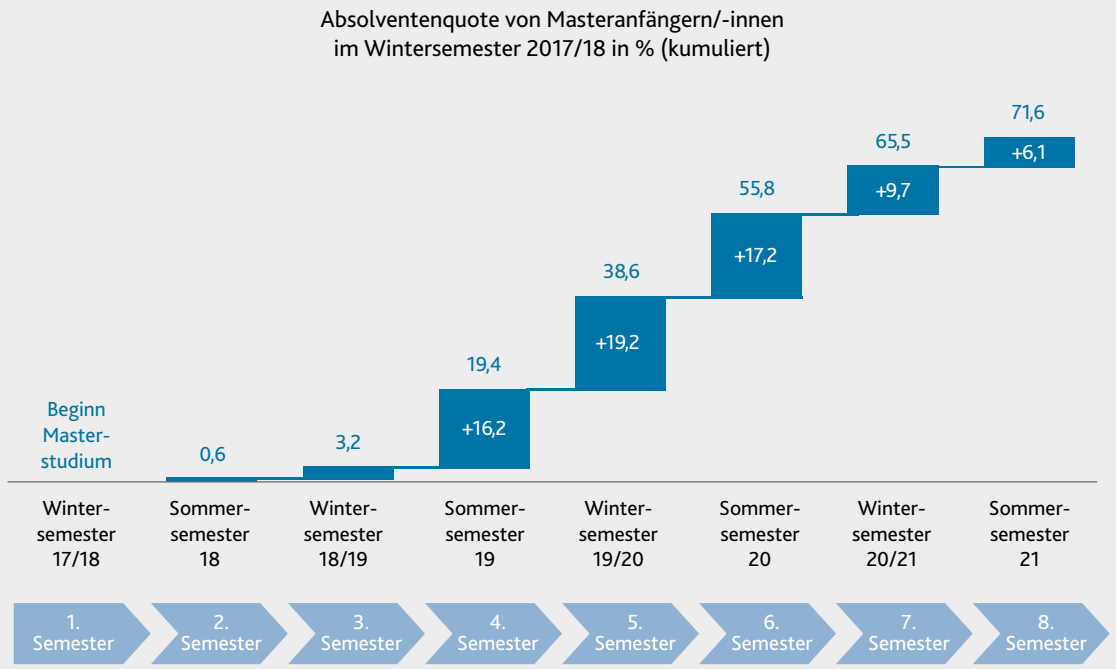
Mit Einführung der Studienverlaufsstatistik[13] ist es ab dem Jahr 2017 möglich, Bildungsverläufe von Studierenden unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen und des Statistikgeheimnisses nachzuvollziehen. Mit der Erfolgsquote wird beschrieben, wie viele immatrikulierte Studienanfängerinnen und -anfänger ein Studium in den Folgesemestern erfolgreich abgeschlossen haben.

Die Auswertung der Ausbildungsverläufe von Studierenden, die ein Masterstudium an einer rheinland-pfälzischen Hochschule im Wintersemester 2017/18 begonnen hatten, ergab, dass nur 19 Prozent das Studium nach vier Semestern – also nach der durchschnittlichen formal festgelegten Regelstudienzeit – erfolgreich abschlossen. Nach fünf Semestern lag der Anteil bei 39 Prozent und erst nach sechs Semestern haben mit 56 Prozent mehr als die Hälfte der immatrikulierten Masterstudierenden ihr Studium mit erfolgreicher Abschlussprüfung beendet. Bis zum achten Semester stieg der Anteil der erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen aus dieser Kohorte auf 72 Prozent. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Anfängerkohorte des Wintersemesters 2017/18 im sechsten, siebten bzw. achten Fachsemester – das entspricht dem Sommersemester 2020, Wintersemester 2020/21 und Sommersemester 2021 – eine Qualifikationsphase durchlebte, in der ein vollumfängliches Studium durch die Coro-

Wenige Masterstudierende mit Abschluss nach sechs Semestern

13 Vgl. Neumann, M./Brings, S.: Die neue Studienverlaufsstatistik: Hintergründe, Aufbau, Methodik und erste Ergebnisse. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): WISTA. Nr. 1, Wiesbaden 2021, S. 69 f.

G6 Masterstudierende[1] mit 1. Fachsemester im Wintersemester 2017/18 mit erfolgreich abgelegter Prüfung in Deutschland bis Sommersemester 2021



1 Ohne Lehramt.

namaßnahmen gegebenenfalls nur eingeschränkt möglich war. Daneben können Studiengang- oder Hochschulwechsel sowie Unterbrechungen zur Verlängerung der Studienzeit führen.

Masterstudierende in Geisteswissenschaften selten mit Abschluss nach vier Semestern

Die Erfolgsquote nach sechs Semestern, also der durchschnittlichen Regelstudienzeit plus zwei Fachsemestern, variierte zwischen den Fächergruppen. Vergleichsweise viele Masterstudierende schlossen ihre akademische Ausbildung in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (61 Prozent), den Ingenieurwissenschaften (56 Prozent) sowie der Mathematik und den Naturwissenschaften (55 Prozent) innerhalb von sechs Semestern ab. Demgegenüber lag im gleichen Zeitraum die Erfolgsquote bei Studierenden der Geisteswissenschaften mit 36 Prozent deutlich darunter.

Frauen mit schnellerem MINT-Studium

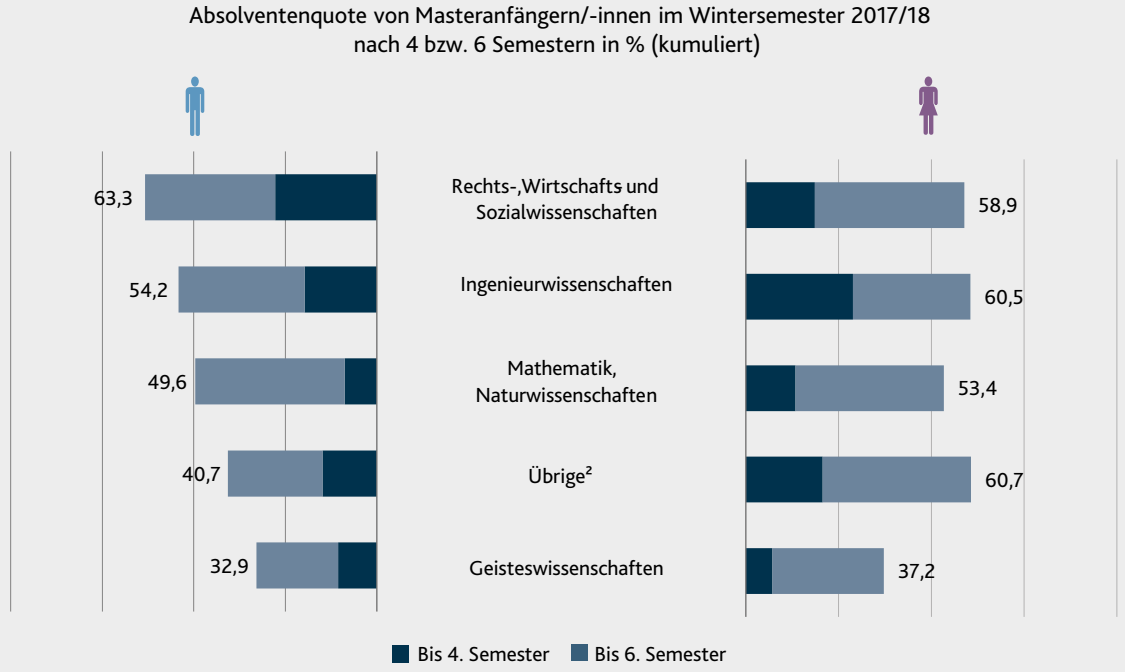
Auffällig ist, dass Frauen in den MINT-Fächern eine höhere Erfolgsquote nach sechs Semestern aufwiesen. So lag die Quote bei den Männern in den Ingenieurwissenschaften bei 54 Prozent und in der Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaften" bei 50 Prozent, während Frauen in diesen Fächern Quoten von 61 bzw. 53 Prozent erzielten. Männer konnten hingegen in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 63 Prozent eine etwas höhere Erfolgsquote erreichen als Frauen (59 Prozent).

Ausblick

Masteranfängerzahl zeigt erste Sättigungseffekte

Obwohl die Studierendenzahl im Masterstudium in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist, deuten die weitestgehend stagnierenden Zahlen der Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Fachsemester

G7 Studierende im Masterstudium[1] mit 1. Fachsemester im Wintersemester 2017/2018 mit erfolgreich abgelegter Prüfung in Deutschland nach 4 bzw. 6 Semestern nach Fächergruppen und Geschlecht



1 Ohne Lehramt. – 2 Sport, Kunst, Kunstwissenschaft, Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin.

an, dass eine Sättigung in der Nachfrage eingetreten ist. Auffällig ist, dass im gleichen Zeitraum das Fächerangebot im Masterstudium deutlich zugenommen hat und immer mehr Spezialisierungen und Fächerhybride von den Hochschulen curricular entwickelt und als eigenständige Masterstudiengänge eingeführt wurden.

Effekt der Förderung: MINT-Studiengänge werden beliebter

Die Entwicklung und Etablierung neuer Fächer hat dazu geführt, dass sich die Studienwahl für ein Masterstudium in den letzten zehn Jahren verändert hat. Beispielsweise unterschied sich die Reihenfolge der am häufigsten belegten Studienfächer. Außerdem wurden unter anderem durch Förderprogramme wesentlich mehr Masterstudierende für MINT-Studiengänge gewonnen.

Regelstudienzeit bleibt Herausforderung

Eine Herausforderung bleibt, Studierende innerhalb der Regelstudienzeit durch ein Masterstudium zu führen. Den wenigsten Studierenden gelingt es, innerhalb von vier Semestern einen Masterabschluss zu erlangen.

Dr. Marco Schröder, Soziologe und Bildungswissenschaftler, leitet das Referat Bildung; Tessa Alena Rech, B. A. Internationale Betriebswirtschaft, ist Mitarbeiterin im Referat Bildung.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 103 [1,2]	4 133 [1,2]	4 148	4 151	4 152	4 163	4 164	4 166	4 168
darunter Ausländer/-innen[3]	1 000	493 [1,2]	534 [1,2]	549	551	553	575	576	578	580
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 544	1 703	2 084	2 361	2 725	1 125	2 199	2 465	2 176
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	3 221	3 061	3 211	3 249	3 459	2 698	2 991	3 085	3 191
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,4	8,9	9,1	9,5	9,8	7,9	8,5	9,0	9,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	4 214	4 495	4 192	4 118	4 429	4 140	4 051	3 851	3 812
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	12,3	13,0	11,9	12,1	12,6	12,1	11,5	11,2	10,8
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	10	11	11	13	6	6	9	4	13
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,0	3,5	3,4	4,0	1,7	2,2	3,0	1,3	4,1
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-994	-1 434	-981	-869	-970	-1 442	-1 060	-766	-621
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,9	-4,2	-2,8	-2,5	-2,8	-4,2	-3,0	-2,2	-1,8
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 297	16 539	15 922	13 388	13 942	11 744	12 158	12 378	13 356
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 369	10 570	10 326	8 080	7 898	6 340	7 042	7 410	7 560
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 612	10 684	10 125	9 970	11 171	9 755	9 798	9 657	11 319
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 918	4 982	5 111	5 103	5 661	4 679	4 962	4 699	5 683
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 685	5 855	5 797	3 418	2 771	1 989	2 360	2 721	2 037
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	13 300	14 277	14 546	13 866	14 453	13 577	13 974	13 397	14 641

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]	Einheit	2020	2021			2022				2023
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 429	1 454	1 478	1 471	1 474	1 480	1 500	1 485	1 483
* Frauen	1 000	667	677	689	689	689	691	700	696	694

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2020	2021			2022				2023
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Ausländer/-innen	1 000	174	190	195	193	200	208	214	208	214
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	423	434	439	442	444	448	450	449	450
* darunter Frauen	1 000	343	350	354	356	357	360	361	361	361
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	15	15	12	14	16	17	12	14
* produzierendes Gewerbe	1 000	436	436	443	439	440	440	446	441	441
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	316	319	326	325	323	326	330	328	327
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	223	233	237	236	238	239	242	240	240
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	440	450	457	460	459	458	463	464	462

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Arbeitslose	Anzahl	112 137	102 515	105 405	102 573	102 312	115 171	112 272	111 096	111 453
* Frauen	Anzahl	50 284	47 178	50 186	48 340	47 878	53 908	52 109	51 288	51 189
Männer	Anzahl	61 853	55 337	55 219	54 233	54 434	61 263	60 163	59 808	60 264
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	48 647	40 333	38 828	38 110	38 533	45 113	42 852	42 616	42 574
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	63 490	62 182	66 577	64 463	63 779	70 058	69 420	68 480	68 879
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,0	4,6	4,7	4,6	4,6	5,1	5,0	4,9	4,9
* Frauen	%	4,7	4,5	4,8	4,6	4,5	5,1	4,9	4,8	4,8
* Männer	%	5,2	4,6	4,6	4,6	4,6	5,1	5,0	5,0	5,0
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,3	3,8	4,2	3,8	3,7	5,2	4,7	4,4	4,2
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	3,3	4,3	3,6	3,4	5,0	4,6	4,0	3,8
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,9	4,5	4,5	4,5	4,5	4,8	4,8	4,8	4,8
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,5	5,1	5,1	5,0	5,0	5,3	5,3	5,3	5,4
* Ausländer/-innen[9]	%	12,1	11,9	13,3	12,8	12,6	13,5	13,4	13,3	13,5
Deutsche	%	4,0	3,5	3,5	3,4	3,4	3,8	3,7	3,6	3,6
* Kurzarbeiter/-innen[10]	Anzahl	66 290	14 748	4 348	4 576	5 696	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[11]	Anzahl	37 337	45 781	48 098	46 541	44 937	41 826	41 359	40 249	39 367

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[12]	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	221 882	220 686	231 279	231 744	230 552	234 082	234 537	234 388	...
* darunter Frauen	Anzahl	110 346	112 509	119 848	120 221	119 459	119 578	119 685	119 601	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	149 423	146 892	153 428	153 457	152 617	156 511	157 320	157 069	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	59 122	61 133	65 202	65 481	65 340	64 968	64 763	64 686	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	57 242	59 377	63 458	63 755	63 628	63 208	63 003	62 953	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. - 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	628	536	576	633	483	311	374	294	258
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	551	459	498	552	427	255	318	237	214
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	2	2	4	1	3	3	4	2
Unternehmen	Anzahl	66	75	94	97	52	51	79	45	36
private Haushalte	Anzahl	558	459	480	532	430	257	292	245	220
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 319	1 237	1 216	1 449	884	850	840	696	589
* Umbauter Raum	1 000 m^3	822	728	730	876	555	518	483	398	367
* Wohnfläche	1 000 m^2	154	137	137	159	105	94	922	744	694
Wohnräume	Anzahl	5 968	5 346	5 392	6 366	4 091	3 558	3 550	2 879	2 723
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	305	305	311	378	236	238	209	176	168
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	121	130	149	153	121	147	136	150	114
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	14	18	13	12	21	15	12	13
Unternehmen	Anzahl	76	69	77	69	65	67	80	81	50
private Haushalte	Anzahl	32	47	54	71	44	59	41	57	51
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	25	31	4	10	64	36	9	5	10
* Umbauter Raum	1 000 m^3	846	862	696	564	1 868	943	740	537	1 052
* Nutzfläche	1 000 m^2	117	181	85	91	200	95	109	87	116
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	127	152	81	98	164	91	138	115	138
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 575	1 498	1 520	1 660	1 263	1 130	1 141	915	864
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	7 038	6 389	6 576	7 445	5 452	4 530	4 490	3 701	3 605

Landwirtschaft

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 053	10 436	10 037	10 448	10 527	8 989	8 948	10 305	10 206
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 376	1 239	1 016	1 048	1 233	1 012	929	935	1 065
darunter										
* Kälber	t	7	6	1	3	6	3	4	3	4
* Jungrinder	t	9	8	2	3	4	2	2	2	3
* Schweine	t	9 640	9 164	8 978	9 372	9 260	7 925	7 988	9 340	9 108
* Eiererzeugung[2]	1 000	21 737	22 974	22 452	23 385	23 511	21 678	21 766	22 686	19 834

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	1 021	1 022	1 025	1 025	1 023	1 021	1 025	1 023	1 022
* Beschäftigte[4]	Anzahl	255 993	258 732	258 675	260 115	261 249	261 014	261 559	262 232	262 728
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 790	31 939	31 590	30 740	32 693	31 597	31 753	31 057	31 488
* Entgelte	Mill. EUR	1 157	1 248	1 151	1 116	1 136	1 320	1 234	1 180	1 174
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	8 263	9 646	9 273	9 187	10 339	9 192	8 445	8 279	8 593
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	4 549	5 531	5 617	5 497	5 732	4 852	4 370	4 281	4 376
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 276	2 398	2 307	2 313	2 404	2 800	2 576	2 513	2 635
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	101	98	97	113	131	113	107	108
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 352	1 615	1 251	1 281	2 090	1 409	1 386	1 378	1 475
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 543	3 041	3 140	3 005	3 067	2 419	2 163	2 111	2 074
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 106	1 076	916	1 007	1 084	1 285	1 093	1 132	1 228
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 658	5 297	5 173	5 017	5 548	5 047	4 704	4 455	4 509
Exportquote[6]	%	56,4	54,9	55,8	54,6	53,7	54,9	55,7	53,8	52,5
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	125,4	110,3	93,1	88,1	107,3	88,7	83,9	84,7	82,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	115,8	101,9	95,5	86,8	83,9	82,9	76,6	75,5	75,0
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	132,2	107,4	93,2	93,8	96,9	91,2	89,7	94,8	85,1

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2021	2022			2023			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	200,3	232,9	218,1	222,6	255,2	298,3	299,5	247,5	228,2
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	133,0	145,3	73,8	62,2	229,1	87,1	74,8	71,6	95,7
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	113,4	95,2	89,9	77,0	73,3	70,7	69,5	64,7	65,1
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	140,3	105,5	86,8	86,1	88,9	83,9	93,1	103,8	72,9
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	170	171	171	171	171	170	170	169	168
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	10 083	10 229	10 125	10 198	10 367	10 336	10 298	10 445	10 576
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 246	1 245	1 213	1 195	1 289	1 250	1 268	1 242	1 259
* Entgelte[3]	Mill. EUR	49	51	49	46	47	55	56	49	50
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	311	302	223	229	231	184	165	239	185
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	296	286	209	216	216	170	149	224	172
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	23 927	24 296	24 388	24 479	24 521	24 948	24 833	25 011	25 159
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 384	2 394	2 523	2 447	2 624	2 624	2 565	2 443	2 599
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	432	452	480	452	489	430	428	377	410
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	831	815	836	821	859	918	908	894	919
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 121	1 127	1 208	1 175	1 276	1 277	1 228	1 172	1 270
darunter Straßenbau	1 000 h	596	611	672	664	709	683	668	648	698
* Entgelte	Mill. EUR	85	91	91	93	94	99	94	98	94

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	363	397	426	423	426	454	456	438	433
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	68	82	86	82	88	74	73	74	69
* gewerblicher Bau[2]	Mill. EUR	135	140	151	150	139	178	165	148	152
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	160	176	189	191	198	202	217	217	212
darunter Straßenbau	Mill. EUR	83	93	101	107	108	110	120	117	115

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]	Einheit	2021	2022				2023		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	485	497	499	499	496	495	525	524	523
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	18 926	19 764	19 750	19 555	20 000	19 751	20 247	20 689	21 191
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 610	5 687	5 745	5 611	5 754	5 637	6 080	6 019	6 174
* Entgelte	Mill. EUR	170	184	171	181	184	198	187	198	201
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	588	662	506	637	653	853	595	734	829

Handel[5]

Großhandel[p, 6]	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Beschäftigte	2015=100	103,2	103,9	103,2	103,9	105,5	105,1	105,2	105,7	105,7
* Umsatz nominal[7]	2015=100	117,7	133,5	140,0	126,2	137,7	137,4	143,2	125,4	133,6
* Umsatz real[7]	2015=100	107,8	108,2	112,4	99,3	108,4	109,2	115,3	99,5	106,9

Einzelhandel[p, 8]										
* Beschäftigte	2015=100	106,2	130,7	130,4	131,0	131,5	131,8	131,3	131,6	131,8
* Umsatz nominal[7]	2015=100	117,2	151,2	155,5	147,6	151,4	160,1	156,9	150,8	151,2
* Umsatz real[7]	2015=100	108,8	128,8	131,5	124,0	125,5	128,5	126,1	121,0	120,5

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Beschäftigte	2015=100	106,1	106,4	105,0	106,8	108,1	106,4	106,4	108,7	109,5
* Umsatz nominal[3]	2015=100	120,6	128,6	128,1	125,9	134,9	149,2	142,1	137,4	135,7
* Umsatz real[3]	2015=100	109,8	108,0	107,0	104,9	111,9	115,3	109,2	105,1	104,0

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2015=100	80,4	85,3	90,6	91,8	91,8	93,9	95,1	95,3	94,1
* Umsatz nominal[3]	2015=100	75,7	130,3	173,5	175,9	177,0	156,8	165,6	163,1	177,0
* Umsatz real[3]	2015=100	65,2	108,2	141,9	143,5	139,2	120,7	127,7	126,8	135,3

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	408	659	965	962	936	931	966	941	1 013
* darunter von Auslandsgästen	1 000	57	123	238	243	174	181	250	238	189
* Gästeübernachtungen	1 000	1 184	1 755	2 594	2 802	2 432	2 379	2 603	2 710	2 549
* darunter von Auslandsgästen	1 000	177	366	740	817	502	506	766	802	525

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 517	1 663	1 903	1 909	1 743	1 816	1 951	1 959	...
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 017	1 139	1 413	1 426	1 262	1 336	1 468	1 432	...
* Getötete Personen	Anzahl	10	12	23	15	10	17	17	11	...
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	4	5	15	2	3	5	4	6	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	5	8	3	8	7	5	...
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	2	1	2	3	-	...
Fußgänger	Anzahl	2	2	2	2	1	1	2	-	...
* Verletzte Personen	Anzahl	1 278	1 438	1 782	1 782	1 570	1 718	1 848	1 824	...

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
schwer verletzte Personen	Anzahl	227	234	322	317	275	256	310	264	235
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	93	93	97	81	95	87	88	86	90
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	57	55	88	112	75	81	104	75	66
Radfahrer	Anzahl	46	52	80	95	73	64	76	69	60
Fußgänger	Anzahl	20	19	12	15	22	12	15	14	11

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 070	11 417	11 174	11 961	11 200	13 298	12 125	13 620	10 431
darunter										
Krafträder	Anzahl	882	1 057	1 468	2 642	925	1 478	1 334	1 114	883
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	8 680	8 992	8 279	8 261	8 883	10 138	9 324	10 742	8 275
* Lastkraftwagen	Anzahl	975	869	809	875	863	1 098	943	1 217	871
Zugmaschinen	Anzahl	413	395	481	381	400	504	419	448	315

Personenbeförderung

	Einheit	2021	2022				2023		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	53 808	63 196	61 922	58 585	71 740	60 536	60 859	59 951	59 059
Personenkilometer[3]	Mill.	546	626	625	644	615	620	657	658	733

Binnenschifffahrt

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Güterempfang	1 000 t	1 001	960	1 035	937	696	1 041	885	846	873
* Güterversand	1 000 t	823	695	782	658	472	702	749	629	651

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 558	5 128	5 306	5 012	5 217	5 101	5 347	4 802	4 719
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	341	380	408	377	430	452	466	415	461
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 183	4 670	4 816	4 555	4 716	4 562	4 773	4 221	4 117

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Rohstoffe	Mill. EUR	32	38	40	37	36	44	33	27	24
* Halbwaren	Mill. EUR	172	212	244	190	187	163	163	154	159
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 979	4 420	4 533	4 329	4 493	4 356	4 576	4 040	3 935
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 126	1 328	1 442	1 303	1 343	1 091	1 129	1 042	999
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 853	3 093	3 091	3 026	3 151	3 265	3 447	2 998	2 936
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 159	3 514	3 720	3 450	3 426	3 463	3 709	3 222	3 164
darunter in/nach										
EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 559	2 955	3 138	2 902	2 856	2 902	3 116	2 666	2 636
Belgien	Mill. EUR	241	280	288	240	277	223	230	204	223
Luxemburg	Mill. EUR	55	59	59	61	53	60	64	61	53
Dänemark	Mill. EUR	50	57	57	54	55	49	55	48	54
Finnland	Mill. EUR	32	38	39	46	40	36	36	32	38
Frankreich	Mill. EUR	437	509	523	488	498	510	569	474	465
Griechenland	Mill. EUR	79	97	171	71	124	65	89	79	88
Irland	Mill. EUR	27	31	31	34	31	38	19	26	26
Italien	Mill. EUR	271	317	331	339	263	321	336	282	210
Niederlande	Mill. EUR	275	346	380	366	276	343	415	327	369
Österreich	Mill. EUR	193	208	224	199	203	189	209	191	183
Schweden	Mill. EUR	71	80	92	72	78	88	88	67	68
Spanien	Mill. EUR	195	223	222	212	214	233	258	230	192
Portugal	Mill. EUR	39	34	31	40	31	44	48	28	28
Großbritannien	Mill. EUR	194	218	235	223	228	216	233	227	211
* Afrika	Mill. EUR	105	138	133	130	141	146	142	128	142
* Amerika	Mill. EUR	608	761	750	746	851	714	758	713	720
darunter nach USA	Mill. EUR	407	518	507	496	572	509	535	476	490
* Asien	Mill. EUR	631	655	641	617	704	710	674	655	610
darunter nach China	Mill. EUR	198	180	177	180	189	179	160	169	164
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	54	60	62	68	94	67	63	82	80

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 517	4 075	4 287	4 008	3 937	4 010	4 133	3 845	3 836
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	333	402	520	372	384	489	436	427	390
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 021	3 502	3 589	3 457	3 400	3 253	3 390	3 115	3 129
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	41	52	69	59	56	45	54	46	42
* Halbwaren	Mill. EUR	243	357	411	368	350	438	341	283	344
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 737	3 093	3 110	3 031	2 994	2 770	2 996	2 786	2 744

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	641	798	840	805	824	662	634	633	569
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 096	2 295	2 270	2 226	2 170	2 108	2 362	2 153	2 175
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 492	2 823	2 943	2 778	2 607	2 767	2 863	2 743	2 738
darunter aus										
EU-Ländern (27)	Mill. EUR	2 148	2 474	2 621	2 446	2 262	2 448	2 487	2 362	2 344
Belgien	Mill. EUR	251	337	341	323	344	329	292	285	269
Luxemburg	Mill. EUR	44	55	58	59	64	63	53	68	53
Dänemark	Mill. EUR	47	40	38	38	37	33	33	33	37
Finnland	Mill. EUR	13	17	15	17	17	16	15	15	14
Frankreich	Mill. EUR	310	354	384	365	324	300	380	335	292
Griechenland	Mill. EUR	20	25	31	20	19	20	19	22	8
Irland	Mill. EUR	62	50	55	25	25	32	26	24	27
Italien	Mill. EUR	248	258	297	288	199	276	270	268	202
Niederlande	Mill. EUR	262	335	349	361	293	336	313	298	262
Österreich	Mill. EUR	157	160	153	175	138	125	171	176	208
Schweden	Mill. EUR	34	31	29	32	29	36	40	36	32
Spanien	Mill. EUR	166	173	167	169	152	185	193	179	290
Portugal	Mill. EUR	28	36	36	39	31	49	42	44	32
Großbritannien	Mill. EUR	74	74	65	73	79	62	108	139	136
* Afrika	Mill. EUR	58	94	123	110	85	111	53	58	79
* Amerika	Mill. EUR	291	355	410	317	425	362	355	322	351
darunter aus USA	Mill. EUR	220	269	259	227	330	296	277	241	295
* Asien	Mill. EUR	667	793	802	795	811	744	841	702	645
darunter aus China	Mill. EUR	344	422	427	451	426	376	370	341	318
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	7	9	7	7	8	21	17	14	17

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 800	2 624	2 423	2 679	2 366	2 860	2 874	2 671	2 833
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	463	415	443	426	323	402	393	382	439
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 827	1 739	1 567	1 807	1 671	2 007	2 017	1 837	1 938
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 305	2 282	1 999	2 079	1 981	2 254	2 190	2 169	2 221
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	341	323	310	308	283	269	271	374	296
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 448	1 510	1 287	1 337	1 343	1 568	1 506	1 391	1 429

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Insgesamt	Anzahl	452	397	402	414	424	408	406	412	395
davon										
* Unternehmen	Anzahl	42	50	57	44	48	60	68	61	70
* Verbraucher	Anzahl	294	244	263	255	273	244	216	232	209
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	97	86	69	94	82	88	96	103	97
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	20	17	13	21	21	16	26	16	19
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	81	89	58	160	150	86	60	77	498

Handwerk[2]

	Einheit	2021	2022				2023		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
* Beschäftigte[3]	2020=100[4]	98,6	...	97,8	97,4	98,9	97,3	96,4	...	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2020=100[6]	101,2	...	93,9	107,8	114,4	125,2	101,6	...	...

Preise

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2020=100	103,0	109,8	112,3	113,0	113,3	117,0	117,4	117,2	116,7
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2020=100	100,7	102,8	103,1	103,2	103,3	104,5	104,6	104,7	104,8

Verdienste[7]

Monatlicher Nominallohnindex[8]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Monatlicher Nominallohnindex[8]	2022=100	...	95,9	94,0	94,0	95,1	100,9	99,5	99,7	...

Vierteljährlicher Nominallohnindex[8, 9]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
* Vierteljährlicher Nominallohnindex[8, 9]	2022=100	95,8	100	92,5	99,9	93,1	114,5	95,9	105,3	98,2
* Frauen	2022=100	96,1	(100)	(92,8)	(97,5)	(93,7)	(116,1)	96,8	103,8	99,1
* Männer	2022=100	95,6	(100)	(92,4)	(101,2)	(92,8)	(113,6)	95,5	106,1	97,8
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2022=100	...	(100)	(96,6)	(96,5)	(97,3)	(109,5)	100,9	101,6	102,3
* Produzierendes Gewerbe	2022=100	97,1	(100)	(92,3)	(106,3)	(92,6)	(108,8)	96,2	110,4	97,7
* Dienstleistungsbereich	2022=100	94,9	(100)	(92,6)	(96,6)	(93,3)	(117,4)	95,7	102,7	98,4

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Bis 2021: im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich; ab 2022: in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. – 8 Nominallohnindex: Grundlage der Berechnung des Index sind die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. – 9 Der vierteljährliche Nominallohnindex errechnet sich nicht aus den monatlichen Nominallohnindizes, da bei der vierteljährlichen Berechnung auch Dateneingänge berücksichtigt werden, die zum jeweiligen Monatsabschluss noch nicht vorlagen.

Geld und Kredit[1]

	Einheit	2021	2022				2023		
		Durchschnitt		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	125 993	141 882	130 771	133 534	148 827	154 395	155 394	156 498	156 795
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	7 646	9 816	8 279	8 960	11 093	10 931	11 226	10 851	11 240
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	7 500	9 138	7 282	7 289	10 187	11 795	12 038	12 229	12 491
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	110 847	122 928	115 210	117 285	127 547	131 669	132 130	133 418	133 064
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	123 160	136 799	127 715	130 486	142 886	146 110	146 973	147 670	148 594
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	115 551	128 985	120 128	122 766	134 918	138 126	138 763	139 653	140 254
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 608	7 815	7 587	7 720	7 968	7 984	8 210	8 017	8 340
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	2 833	5 083	3 056	3 048	5 941	8 285	8 421	8 828	8 201
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	136 413	141 337	139 990	140 220	141 975	143 161	140 024	138 526	138 135
Sichteinlagen	Mill. EUR	94 508	98 466	97 267	97 619	99 498	99 480	94 385	90 351	87 260
Termineinlagen	Mill. EUR	15 117	16 593	16 062	16 211	16 332	17 768	20 061	22 340	24 645
Sparbriefe	Mill. EUR	1 503	1 599	1 422	1 438	1 582	1 952	3 110	4 647	6 148
Spareinlagen	Mill. EUR	25 285	24 679	25 239	24 952	24 563	23 961	22 468	21 188	20 082
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	134 492	139 084	137 789	137 907	139 614	141 025	137 953	136 530	136 112
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	130 373	134 500	133 238	133 312	135 023	136 426	133 505	132 392	131 840
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	4 120	4 585	4 551	4 595	4 591	4 599	4 448	4 138	4 272
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 920	2 253	2 201	2 313	2 361	2 136	2 071	1 996	2 023

Steuern

	Einheit	2021	2022			2023			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	5 354	6 516	6 376	6 941	5 470	5 925	6 393	6 249	4 884
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 820	1 730	1 366	2 132	937	1 441	1 788	1 997	854
Lohnsteuer	Mill. EUR	1 023	1 067	1 478	404	854	905	1 536	793	768
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	200	209	686	-	-	-	699	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	268	271	-6	701	28	10	-11	768	39
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	220	146	52	54	30	507	62	46	39

noch: Steuern

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	32	27	41	3	4	10	64	7	10
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	23	21	36	-	-	-	57	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	277	219	-200	970	21	11	136	383	-1
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-72	-108	-	-	-	127	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 534	4 785	5 011	4 809	4 534	4 484	4 605	4 251	4 030
Umsatzsteuer	Mill. EUR	579	493	731	650	-73	740	802	718	497
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 955	4 292	4 280	4 159	4 606	3 744	3 803	3 534	3 534
Zölle	Mill. EUR	254	327	305	390	399	277	274	271	250
Bundessteuern	Mill. EUR	49	47	11	89	20	24	28	71	20
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	2	3	1	-3	4	6	12	10	5
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	46	43	9	92	16	19	16	61	15
Landessteuern	Mill. EUR	110	123	110	111	90	79	101	107	97
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	25	40	28	21	23	23	36	33	31
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	64	56	63	56	50	37	47	44	47
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	16	22	15	28	14	15	14	25	14
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	3	2	2	2	2	2	3	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	3	2	3	2	2	2

	Einheit	2021	2022				2023		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	955	1 183	1 545	1 047	1 072	1 067	1 087	754	872
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	5	6	4	5	5	7
Grundsteuer B	Mill. EUR	151	162	151	162	181	152	159	185	206
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	785	994	1 369	859	861	888	897	537	632
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	14	22	21	21	25	23	26	26	27

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2021	2022				2023		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 475	1 677	1 544	1 545	1 606	2 013	1 123	1 368	1 394
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	730	877	1 295	718	775	721	892	451	585
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	484	527	72	554	540	940	42	637	480
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	91	85	1	84	80	173	-	63	89

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 386	1 343	1 184	1 533	614	1 230	1 456	1 831	854
Landessteuern	Mill. EUR	110	123	110	111	90	79	101	107	97
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	725	674	458	900	317	555	706	778	273
Lohnsteuer	Mill. EUR	348	366	514	91	282	292	557	245	234
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	114	115	-2	298	12	4	-5	326	17
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	110	72	28	24	11	250	57	12	18
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	14	12	18	2	2	4	28	3	4
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	139	110	-100	485	10	5	68	192	-1
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	541	524	613	522	159	568	649	946	451
Umsatzsteuer	Mill. EUR	374	287	463	312	-46	417	452	749	280
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	167	237	150	210	205	152	197	197	171
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	16	2	-	34	19	0	0	24
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	7	1	-	14	8	0	0	10
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 631	3 262	3 095	3 492	2 863	2 980	3 145	3 117	2 482
Bundessteuern	Mill. EUR	49	47	11	89	20	24	28	71	20
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	811	762	569	982	401	651	775	880	365
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 764	2 437	2 513	2 421	2 408	2 286	2 343	2 166	2 073
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	16	2	-	34	19	0	0	24

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im November 2023

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Gerichtliche Ehelösungen und Aufhebungen von Lebenspartnerschaften 2022
Kennziffer: A2023 202000

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2022 – Lehrerausbildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Stand: 1. März 2023)
Kennziffer: B3023 202301

Personal an Hochschulen (Stand: 1. Dezember) sowie Neuhabilitierte 2022
Kennziffer: B3043 202200

Rechtskräftige Aburteilungen 2022
Kennziffer: B6013 202200

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im September 2023
Kennziffer: D1023 202309

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im September 2023 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 202309

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im September 2023
Kennziffer: E1033 202309

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im September 2023
Kennziffer: E1113 202309

Bauhauptgewerbe im September 2023 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 202309

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke im September 2023
Kennziffer: E4023 202309

Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 2022
Kennziffer: E4073 202200

Energieverwendung des Verarbeitenden Gewerbes sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden 2022
Kennziffer: E4083 202200

Stromeinspeisung in das Netz der allgemeinen Versorgung 2022
Kennziffer: E4093 202200

Gewinnung, Verwendung und Abgabe von Klärgas 2022
Kennziffer: E4113 202200

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel, Gastgewerbe und Dienstleistungsbereich August 2023
Kennziffer: G1073 202308

Aus- und Einfuhr 2022
Kennziffer: G3013 202200

Aus- und Einfuhr im September 2023
Kennziffer: G3023 202309

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im September 2023
Kennziffer: G4023 202309

Sozialleistungen

Jugendhilfe 2022 – Teil I: Erzieherische Hilfen – Teil IV: Ausgaben und Einnahmen
Kennziffer: K1053 202200

Umwelt

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 2022
Kennziffer: Q1053 202200

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im August 2023
Kennziffer: Z1013 202308

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe November 2023
Kennziffer: Z2201 202311

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2022 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 (Berechnungsstand: August 2023)
Kennziffer: A6225 202200

Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2021 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3 (Berechnungsstand: August 2023)
Kennziffer: P1235 202100

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel
Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz
Titelfoto: © Flash concept – stock.adobe.com
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2023

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.